

scher Hochschulen (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 531 f.), sei es durch die Zulassung ihrer Jugend zu den europäischen und amerikanischen Hochschulen (183). Diese christliche Verpflichtung aber, den fremden, meist heidnischen Völkern nicht nur die abendländische Wissenschaft und Technik zu vermitteln, sondern ihr Wachstum in der geistigen Welt zu fördern, verlangt ungewöhnliche Anstrengungen, um unser eigenes geistiges Erbe in einer weltoffenen Weite zu entfalten und dafür die notwendigen Opfer zu bringen. Was das z. B. für die Bundesrepublik bedeutet, erhellt die bedauerliche Tatsache, daß wir mit dem Ausbau unseres eigenen Bildungswesens hinter den Ansprüchen materiellen Wohlstandes weit zurückgeblieben sind. Die Konzentration auf eine kulturelle Entwicklungshilfe leidet vorerst an der mangelnden Bewußtheit dieser globalen Verpflichtung. Nötig wäre aber zur Bewältigung der unausweichlich gestellten Aufgabe sogar ein entschlossenes Überschreiten der nationalen Grenzen in Europa und die Entfaltung einer übernationalen christlichen Bildung, damit die Planung von Europa-Hochschulen nicht die einseitige Schrumpfung auf eine rein technische Wissenschaft erfährt, die der Papst ebenso beklagt wie sein Vorgänger Pius XII. (243/244). Die Völker dürfen die geistigen Werte, die an der Spitze aller Werte stehen, nicht unwillkürlich als nationale oder provinzielle Spezialitäten ansehen und entsprechend unterbewerten. Denn sie sind mit dem Evangelium „das Licht der Welt“.

Möge uns daher diese Gebetsmeinung im Adventsmonat aufwecken, daß wir uns aufraffen, die rechte und billige Anteilnahme aller Menschen an den Gütern der Erde als eine große missionarische Aufgabe in Angriff zu nehmen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Salzburger Hochschulwochen 1961: Ideologien und Wissenschaft

Die diesjährigen Salzburger Hochschulwochen (30. 7. bis 12. 8. 61), die wieder vor einem großen Forum in- und ausländischer Besucher (etwa 800), besonders aus der Bundesrepublik Deutschland, stattfanden, hatten zum Thema: „Ideologien und Wissenschaft“. Aus dem reichen Inhalt der Vorlesungen und Vorträge scheinen folgende besonders ergiebig zu sein:

Wurzel der Ideologie im absolut gesetzten Wissenschaftsbegriff

Univ.-Prof. Reinhard Lauth, München, begann in seinem Vortrag über das Gesamtthema der Hochschulwochen mit einer Definition der Ideologie: „eine scheinwissenschaftliche Interpretation der Wirklichkeit im Dienste einer praktisch-gesellschaftlichen Zielsetzung, die (die Interpretation) sie (die Zielsetzung) rückläufig legitimieren soll, wobei es wesentlich ist, daß die praktisch-gesellschaftliche Zielsetzung den Anspruch auf Heilsbedeutung erhebt und die Verkünder der Ideologie bestrebt sind, mit Hilfe von Propaganda die Massen zu ergreifen, um die Ideologie praktisch wirksam zu machen“. Prof. Lauth stellte die (zunächst überraschende) These auf, daß das ideologische Denken letztlich seine Wurzel in unserem Wissenschaftsbegriff habe, wie er in griechischem Denken circa 500 v. Chr. konzipiert worden sei. Das ideologische Denken

ist nicht plötzlich gekommen, sondern mit uns aufgewachsen. Durch den Einbruch des Christentums in das stark mythische ganzheitliche Denken der Antike konnte sich die Konsequenz dieses einseitigen Wissenschaftsbegriffes erst spät, nämlich im 18. Jahrhundert, entfalten.

Der antike Wissenschaftsbegriff ist nicht der des voraussetzungslosen Forschens, sondern hat eine sehr kompakte Voraussetzung: nämlich die Auffassung, daß die reine „Theoria“, das zuschauende Betrachten und Erfassen in Begriffen, ausreicht, zum Ganzen der Wirklichkeit zu gelangen, und daß die dadurch gewonnene Wissenschaft der ausschließliche Ort der Wahrheit ist. Diese Auffassung wird durch ein dem Philosophen Pythagoras zugeschriebenes Gleichnis illustriert: das Leben sei wie ein Festspiel; während die einen in der Arena kämpfen, andere Geschäfte machen wollen, seien die Besten, nämlich die Philosophen, nur Zuschauer. Hier fehlt offensichtlich eine wesentliche sittliche Grundhaltung, der unbedingte und leidenschaftliche Wille zur Wahrheit.

Schon Descartes hat betont, daß jedes Urteil mit einem freien Willensakt verbunden ist, da sich die Wahrheit nicht einfach aufdrängt, sondern dem Urteilenden die Freiheit gelassen ist, sich dem Anspruch der Wahrheit aufzuschließen oder sich abzuwenden. In der reinen Theoria, wo man bloß äußerer Zuschauer sein will, wird dieser zur Erkenntnis der Wahrheit notwendige Willensakt nicht vollzogen. Die volle Wahrheit erschließt sich nur dem, der der Wahrheit in ganzer Liebe hingegeben ist. Zwar klingt die Notwendigkeit der Wahrheitsliebe da und dort an, etwa bei Platon, ist aber nicht die herrschende und bewußt angenommene Haltung. Das volle Gegenteil zu dieser Haltung des bloßen Zuschauens ist Charles Péguy, wenn er über sich selbst sagt: „Keinen Augenblick tritt er zur Seite, um zu sehen, was geschieht. Denn was geschieht, ist sein eigenes Geschehen: Heil oder Verlorengehen.“ (Man könnte hier vielleicht fragen, ob nicht im theoretischen Forschen der Wille zur Wahrheit in viel höherem Maße implizite enthalten ist, als es Prof. Lauth darstellt.)

Da nun in der Haltung der Theoria das sittliche Sollen mit dem Anspruch der Unbedingtheit fehlt — aus bloßen Indikativen lassen sich keine Imperative herausholen —, ergeben sich aus der bloßen Theoria keine praktisch sittlichen Zielsetzungen. Und da sich die Theorie für den ausschließlichen Ort der Wahrheit ansieht, ergeben sich auch nicht von anderswoher — das würde man ja nicht gelten lassen — praktisch sittliche Zielsetzungen. Es entsteht ein Vakuum. Der Mensch braucht aber praktisch sittliche Zielsetzungen. So richtet er sich schließlich die Dinge nach seinen praktischen und irrationalen Interessen zurecht, d. h., er baut sich eine Ideologie und beruft sich dabei auf die Wissenschaft. Statt der Wahrheit zu dienen, zerstört man sie. Die ursprünglich sokratische Haltung ist in ihr Gegenteil umgeschlagen.

Zur Heilung des Übels hilft nur eines: daß das wissenschaftliche Forschen eingebettet ist in einen umfassenderen Lebensakt, in unsere Beziehung zu den absoluten Werten, d. h. zu Gott. Anders gesagt: daß nur die Totalbeziehung auf die Wahrheit die Basis des wissenschaftlichen Bemühens ist und die Ganzheit des Wissens ermöglicht.

Grundsätzliche Aufhebung der Wahrheitsfrage

Der Gedanke von der Ideologie als Zerstörung der Wahrheit wurde weitergeführt in der Vorlesung von Prof. Dr. Rudolf Berlinger, Würzburg, „Die ideologische Auf-

hebung der Wahrheitsfrage“. Das ideologische Denken kehrt nicht bloß de facto die Dinge um, indem praktische Interessen bestimmen, was Wahrheit ist, sondern will grundsätzlich die Frage nach der Wahrheit überflüssig machen. Der Herausbildung einer Ideologie geht oft die skeptische Haltung voran, daß man beliebig dieses oder jenes für Wahrheit nehmen könne und daß die einzig richtige Haltung die Standpunktlosigkeit ist. Richtig ist, was erfolgreich ist. Diese Haltung verursacht in dem Bewußtsein einer Generation jene Leerräume, die bald durch Ideologien besetzt werden, und zwingt zur politischen Haltung des Gewährenlassens, die gegenüber dem Totalitätsanspruch auf Weltherrschaft keinen Widerstand erheben kann. Diese Beliebigkeit schafft die Voraussetzung, daß der Mensch, besonders der Spezialist, für diese oder jene Ideologie in gleicher Weise einsetzbar ist. Lenin hat gesagt: „Große Fragen werden im Leben der Völker durch Gewalt entschieden.“

Andererseits: Ideologie als Ideal einer neuen Welt ist in höchstem Grade geschichtsmächtig. Sie bringt Überzeugungen hervor, die an die besten Kräfte des Menschen rühren, für die er sogar zu sterben bereit ist. Kann ein solches ideologisches Denken nur auf einer Scheinwirklichkeit beruhen, die sich als solche erweisen läßt? Hier muß ein tieferes Moment wirksam sein. Dieses ist die Urversuchung des Menschen, nicht Resonanz auf einen Schöpfungsakt zu sein, sondern das in ihm angelegte Machtpotential autonom zu entbinden. Die dem Menschen Maß und Richtung gebenden zeitlosen Ideen werden durch einen Akt der Selbstbegründung ersetzt. Die ihrem Wesen nach unverfügbare Wahrheit scheint verfügbar zu werden. Den Anschein zeitüberlegener Wirklichkeit erweckt die Ideologie durch ein Bild der Zukunft, das im vorhinein festgesetzt ist. Darum wird das geschichtliche Heute dem Künftigen aufgeopfert und der Mensch als ein Mittel für das Kommende verbraucht.

Der Mythos des dialektischen Materialismus

Den allgemeinen Überlegungen über das Wesen der Ideologie folgte die Auseinandersetzung mit bestimmten Ideologien. Prof. Dr. Albert Auer OSB, Salzburg, „Christlicher Glaube und moderne Ideologien“, arbeitete am dialektischen Materialismus folgende Grundzüge heraus: Sosehr sich dieser als Wissenschaft ausgibt, hat auch er in Wahrheit seinen „Mythos“. Denn er behauptet einfach, daß die ganze Welt Materie ist, eine dialektische Struktur hat, aus der ihre Bewegungsgesetze hervorgehen (das Umschlagen von Quantität in Qualität), und daß sie Träger aller Erscheinungen ist. Die Welt bedarf keines Gottes, weder als erste Ursache noch als Erhalter. Diese Totalität des Materiebegriffes leitet sich von Hegel her, dessen absoluter Geist sich ja ebenfalls dialektisch entfaltet und in der Menschheitsgeschichte widerspiegelt. Sosehr Marx, Engels, Lenin und Stalin die materiellen Momente betonen, die Herkunft aus Hegels Philosophie des absoluten Geistes bleibt bestehen.

Indem der kommunistische Mythos eine rein diesseitige Sinnerfüllung bringen will, sieht er in der Arbeit das beste Mittel, den Menschen auf dieser Erde zu beheimaten und dahin zu führen, sich selbst zu verwirklichen. In dieser Philosophie der Arbeit steckt noch ein tieferer Gedanke: daß der Mensch eigentlich heimatlos ist und erst durch die Arbeit beheimatet werden kann.

Prof. Auer hob hervor, daß es im dialektischen Materialismus wohl qualitative Sprünge gibt, nicht aber den ent-

scheidenden Sprung vom Psychologischen zum Geistigen. Darin wird weiter deutlich: Wenn man den religiösen Glauben suspendiert und dadurch eine absolut diesseitige Atmosphäre schafft, so suspendiert man auch die Wertungsfunktion, die zur Annahme der Wahrheit notwendig ist.

Im zweiten Teil seiner Vorlesungen beschäftigte sich Prof. Auer mit der sog. „reinen Rechtslehre“ von Hans Kelsen. Er zeigte, daß jede Rechtstheorie, die nicht von letzten Gegebenheiten eines metaphysischen Naturrechtes ausgeht, notwendigerweise zur Ideologie entartet, auch wenn es sich um eine Theorie von solch logischer Struktur handelt wie bei Hans Kelsen. Seine Lehre ist ein Musterbeispiel von Rechtspositivismus. Weder gibt es hier unveränderliche Axiome, noch ist der Begriff Person vor Relativierung gesichert. Prof. Auer wies auf das Bonner Grundgesetz hin, in welchem die Grund- und Freiheitsrechte in einer Weise verankert sind, daß sie der staatlichen Willkür entzogen sind, und stellte dem die Lage in Österreich gegenüber, wo das nicht der Fall ist, wodurch den verschiedenen Ideologien Tür und Tor geöffnet sind, wie die letzten Strafrechtsentwürfe zeigen.

Humanismus als Pseudoreligion

Ein weiteres konkretes Thema bildete „Humanismus als Pseudoreligion“, behandelt von Prof. Max Müller, München. Der Humanismus erweist sich dadurch als Pseudoreligion, daß hier der Mensch nicht den Anruf des absoluten Gottes sucht und seine Ziele nach ihm ausrichtet, sondern nur sich selbst sieht in der Gestalt der Vernünftigkeit und nichts Bindendes kennt außer sich selbst. Der Humanismus will die Erlösung des Menschen durch sich selbst in der Einigkeit mit sich selbst. Bezeichnend für diese Haltung ist das Wort Goethes: „Alle menschlichen Gebrechen sühnet reine Menschlichkeit.“ Geschichte ist nichts anderes als die Offenbarung des Menschen in seiner Vielgestaltigkeit. Religion ist ein Werk des Menschen und ein Hilfsmittel zu seiner Vollendung. Damit wird das Wesen der Religion und zugleich das Wesen des Menschen verfehlt.

Mythologisierung der Geschichte

Für das Thema „Mythologisierung der Geschichte“ war Prof. Golo Mann, Stuttgart, eingeladen worden. Die Geschichte wird mythologisiert, wenn außerwissenschaftliche Ziele in sie hinein interpretiert werden: wenn eine historische Gestalt oder ein Ereignis (z. B. der 14. Juli 1789) zu einer Größe erhoben werden, die sie nicht haben, oder wenn kurzfristige historische Zustände ins Allgemeine und Dauernde übertragen werden (z. B. deutsch-französische Erbfeindschaft). Besonders geschichtsmächtig werden die Mythologien dann, wenn Mythen erfunden werden, um der eigenen Nation eine besondere Größe und Mission in der Welt zu geben.

In unserem Jahrhundert waren bzw. sind es zwei Mythen: der Nationalsozialismus und der Marxismus-Leninismus. Jener bezeichnete sich selbst als Mythos und ging auf Argumente überhaupt nicht ein. Hitler hat selbst einmal erklärt, daß er genauso gut wie die Intellektuellen wisse, daß es Rasse im üblichen Sinn nicht gebe; er verwende den Begriff, um die alten Ordnungen aufzulösen. Der Marxismus hingegen betrachtet sich nicht als Mythos; er gebraucht gerne rationale Argumente, doch nur innerhalb seiner eigenen Axiome. Argumente gegen diese Axiome werden nicht mehr zur Kenntnis genommen. Wer die Axiome bezweifelt, beweist damit, daß er als Angehöriger

der untergehenden Klasse nicht anders als blind sein kann. Die freie Wirtschaftsordnung Westeuropas und Amerikas hat noch nie ihre schöpferische Kraft so erwiesen wie in den letzten fünfzehn Jahren. Trotzdem befindet sie sich nach Meinung des Kommunismus beständig vor dem nahen Untergang. Die Erfahrung kann eben den Mythen nichts anhaben.

Nun gibt es aber auch Grenzen für die Entmythologisierung. Denn die Geschichtsmythen sind Energiequellen und als solche nicht zu verachten. Ferner: Es gibt kollektive Mythen, Traditionen, Bejahungen, die man bestehen lassen soll, weil ohne sie die Gesellschaft sich auflösen und der Geschichte jeder Sinnzusammenhang genommen würde. Es gibt ausgesprochen hilfreiche Legenden, wie die von Wilhelm Tell. Die Wahrheitsliebe könnte zum nackten Positivismus und in weiterer Folge zum Nihilismus führen. Eine sichere Grenze zwischen schlechten Mythologien und guten Traditionen gibt es freilich nicht (in dieser Bejahung hilfreicher Mythen scheint ein gewisser pragmatistischer Wahrheitsbegriff durchzuschimmern; die Abgrenzung zu den verfälschenden Mythen müßte wohl anders versucht werden).

Doch die Geschichte, so schloß Prof. Mann, in der unvergleichlichen Krisenhaftigkeit unserer Epoche ernst zu nehmen und zu vermuten, zu ahnen, daß die Menschheit auf eine Probe gestellt wird und unsere Epoche bestimmte Aufgaben hat, ist nicht Mythologie, sondern ein Glaube, der durch die Erfahrung immer aufs neue bestätigt wird. „Der Sinn, der nicht gewußte, der zu glaubende, zu ahnende Sinn, kann nur jenseits dieses Endes liegen. Was in der Zeit unter den Menschen geschieht, deutet unsicher auf ihn, aber erfüllt ihn nicht.“

Probleme des meta-ideologischen Zeitalters

In dem Vortrag „Probleme des meta-ideologischen Zeitalters“ stellte Dr. Stefan *Teodorescu*, Stuttgart, die Frage, ob wir nicht am Ende des ideologischen Zeitalters stehen und in der Zukunft die wechselnden ideologischen Rechtfertigungen der Macht zum alten Eisen geworfen werden. Es gebe heute viele Anzeichen einer Ideologie-Müdigkeit, was besonders die politischen Parteien spüren. Die Ideologien haben aufgehört, eine faszinierende Macht auszuüben. Dieser Entideologisierung-Prozeß bringt aber auch Gefahren mit sich, denn die gestürzten Ideologien könnten ein geistiges Vakuum hinterlassen, das nicht weniger verhängnisvoll ist als das Unheil der politischen Ideologien. Man dürfe nicht übersehen, daß die Ideologien ihre positiven Seiten gehabt haben. Positiv waren der wenn auch fragmentarische Bezug zur Wahrheit, ihr Anspruch, daß dem Einsichtigen auch die Macht zukommen müsse, und der Appell an die religiösen Zukunftserwartungen der Menschheit. Die Ideologien könnten nur produktiv, wie *Teodorescu* es nennt, nämlich durch die Verwirklichung ihrer legitimen Anliegen, überwunden werden und durch eine „neue Offenbarung des Heiligen“, wie sie heute auch von sog. ungläubigen Geistern erhofft wird. Diese Offenbarung des Heiligen ist weder zu planen noch zu erzwingen; sie könnte aber indirekt durch neue Formen der geistigen Elitebildung vorbereitet werden.

Ideologie in den Naturwissenschaften

In der zweiten Woche standen die Naturwissenschaften und die Soziologie im Vordergrund. „Die Ideologisierung des naturwissenschaftlichen Denkens“ wurde von Univ.-Prof. Dr. *Beda Thum* OSB, Salzburg/Rom, behandelt. Der

Vortragende ging davon aus, daß die theoretischen Konzeptionen, deren sich die modernen Ideologien bedienen, fast ausschließlich an den Kategorien und Denkmodellen der Naturwissenschaften orientiert sind. Die Naturwissenschaften sind von Ideologien in Anspruch genommen worden, deren uneingestandene Absicht es ist, die Werte und den Adel des menschlichen Seins als Illusion zu erweisen. Sie sind zu Werkzeugen geworden, das Werthafte auf das Wertindifferente, Niedrige zu reduzieren.

Auch Prof. *Thum* griff das Thema des dialektischen Materialismus auf, doch unter anderen Aspekten. Er zeigte, daß in dieser Philosophie die eminent metaphysische Idee der Dialektik Hegels umgewandelt ist in ein System der Bewegungsgesetze in der Natur und menschlichen Gesellschaft und erst in zweiter Linie — infolge des Abbildcharakters des menschlichen Erkennens — im Denken. Der Zwiespalt ist offensichtlich: Einerseits setzt diese Philosophie ein konstituierendes Bewußtsein voraus, das a priori die dialektische Rationalität der Wirklichkeit annimmt, und ist damit ein uneingestandener Idealismus. Andererseits aber sieht sie im Bewußtsein etwas Konstituiertes, nämlich den passiven Reflex der objektiven Wirklichkeit, und ist damit ein Empirismus. Dieser aber verwirft jede Form eines konstituierenden Bewußtseins.

Die zweite Hauptform der naturwissenschaftlichen Ideologie, der Neo-Empirismus, möchte die Wirklichkeit einerseits auf vereinzelte Beobachtungsdaten, andererseits auf rein formale Interpretationsschemata reduzieren. Durch die Umwälzungen in der modernen Physik wurden unsere traditionellen Vorstellungsformen und Grundbegriffe zur Bestimmung der Wirklichkeit (Substanz, Kausalität) weitgehend eingeschränkt und scheinbar sogar aufgehoben und durch formale theoretische Systeme ersetzt, die völlig losgelöst sind von unseren traditionellen Kategorien, wie Prof. *Thum* am Beispiel der Quantentheorie darlegte. Doch steht auch die moderne Physik vor der Frage nach dem letztthin Realen, nämlich nach der Wirklichkeit, die unabhängig ist vom beobachtenden Subjekt.

Trotz großartiger Erfolge der empirischen Forschungsmethode liege kein Beweis dafür vor, daß diese Methode die Realität unter allen Aspekten erreicht.

Ideologische Momente in der Soziologie

Für das Thema „Relativistische Tendenzen in der Soziologie und ihre Überwindung“ war der Bonner Staatssekretär Prof. Dr. *Alfred Müller-Armack* gewonnen worden. Er zeigte, daß die Interpretation der von den empirischen Wissenschaften entdeckten Fakten im wesentlichen auf drei Aussagen hinauslaufe: 1. Das Entscheidende in der menschlichen Gesellschaft sind die sog. „Real-Faktoren“ (das Wirtschaftliche und Politische); 2. Diese Real-Faktoren verursachen eine totale Bindung des Menschen an seine Klasse bzw. Nation, es gibt daher keine Konfrontation mit der Wahrheit: was die Menschen als objektive Wahrheit zu besitzen glauben, ist bloß eine Verhüllung von Interessen; 3. Die Geschichte hat nur den Sinn, sich in Richtung der eigenen Ideologie zu bewegen. Überdies sind alle Ideologien dadurch charakterisiert, daß sie sich von der christlichen Tradition losgelöst haben und im Kampf zueinander stehen. Wer sich nicht zu einer bestimmten Ideologie bekennt, wird als Feind deklariert.

Gegenüber der Bedeutung der „Real-Faktoren“ läßt sich aber historisch nachweisen (wie es z. B. durch *Max Weber* geschehen ist), daß auch in der Wirtschaftsgeschichte das

Geistige den Vorrang hat. Die Wirtschaftsgeschichte eines bestimmten Gebietes ist nicht eine isolierte Entwicklung, sondern von der geistigen und religiösen Geschichte des Gebietes abhängig. So war unzweifelhaft der Calvinismus der stärkste Antrieb für das kapitalistische Unternehmertum, während man in lutherischen Ländern zu staatswirtschaftlichen Formen und in katholischen zur Betonung des Handwerklichen und Ständischen neigte.

Zur Überwindung der ideologischen Gefahren ist eine rein ökonomische Behandlung der Dinge nicht ausreichend. Es müßte vor allem der seelische Leerraum der Massen nach Möglichkeit ausgefüllt werden, was nur auf der Grundlage der christlichen Wertordnung möglich ist. Ferner müßte jede politische Gruppe bereit sein, eine nichtideologische Gesellschaftspolitik zu treiben. So könnte der Sozialismus durch konstruktive Kritik wesentlich mithelfen, die sozialen und wirtschaftlichen Zustände zu bessern.

Die Psychologie

Zum Thema „Ideologisch bedingte Psychologien“ führte Prof. Dr. Wilhelm Josef Revers, Würzburg, aus, daß sich das Dilemma der Psychologie schon in ihrer Definition zeigt. Man kann entweder die Existenz einer Seele voraussetzen und damit der Psychologie ein metaphysisches Fundament geben, oder man kann die Seele in Bewußtsein und Verhaltensweisen auflösen. Doch gerade die Negierung eines metaphysischen Bezuges führt dazu, daß uneingestandene Philosopheme zur Voraussetzung der Psychologie gemacht werden. Daher müsse immer gefragt werden, was in der Psychologie ungeprüft vorausgesetzt wird. Diese ungeprüften Voraussetzungen zeigte Prof. Revers am Beispiel des amerikanischen Psychologen Happ, der die Korrespondenz von psychischen Fakten mit Nervenfunktionen einfach zur Identität macht, und am Beispiel von Sigmund Freud, der alles Humane und alle Kultur als Reaktion auf die Natur erklärt und dabei einen ungeprüften Naturbegriff verwendet. Die behauptete „Voraussetzungslosigkeit“ ist selbst eine ideologische Annahme und eine unkritische Selbstüberschätzung des Menschen.

Ideologie verändert die Sprache

Gleichsam das Schlußwort der Hochschulwochen sprach Chefredakteur Dr. Otto B. Roegele, Köln, über „Die Unterscheidung der Geister im Wort“. Die Sprache, zu deren Wesen es gehört, die Wirklichkeit zu treffen und ein menschliches Leben aufzubauen, wird vom Kommunismus als Mittel zur Welteroberung eingesetzt. Sie ist aus dem natürlichen Zusammenhang der Geistesgeschichte herausgelöst und unter neue Gesetze des Denkens und Fühlens gestellt worden. Dies ist mehr als Propaganda und mehr als einfache Lüge, vielmehr der Versuch einer Art zweiter Schöpfung, in welcher die von der Partei diktierten Gesetze gelten. Begriffe wie Friede, Demokratie, Freiheit werden zu Schlüsselworten einer Gegenwelt gemacht. Die Ordnung der Worte wird durcheinandergebracht, um auch die Ordnung der Institutionen durcheinanderzubringen. Für die Unterscheidung der Geister ist die beste Hilfe die Sprache selbst, da sie in ihrer Struktur von der Logik des Seins selbst bestimmt ist. Diese Unterscheidung ist heute vielleicht schwieriger geworden, weil die Technik der Irreführung entwickelter ist, andererseits aber auch leichter, weil unser Sinn durch die durchlebte Geschichte geschärft worden ist und durch die Bedrohung unserer ganzen Existenz wachgehalten wird.

Im Anschluß an den letzten Vortrag teilte der Kurator der Hochschulwochen, Prof. Thomas Michels OSB, das Thema für die kommenden Hochschulwochen mit: „Die Solidarität des Westens und die aufsteigenden Völker“.

Katholische Universität Salzburg: Internationales Forschungszentrum

Bei dem traditionellen Festakt am Sonntag zwischen den beiden Vortragswochen, an dem u. a. von österreichischer Seite Erzbischof Rohrer, Unterrichtsminister Drimmel, Finanzminister Klaus, Landeshauptmann Lechner, von deutscher Seite Justizminister Schäffer und die bayerischen Minister Hundhammer und Orth teilnahmen, hielt Minister Dr. Drimmel die Festrede über „Das Ende der verstaatlichten Universität“. Im engen Rahmen des Verstaatlichungsprinzips, das zum Verlust der verwaltungsmäßigen und vielfach auch der wissenschaftlichen Autonomie geführt hat, könnten die neuen gesellschaftlichen Wirklichkeiten keinen Platz finden. Auf geistigem Gebiet sei das große Ereignis die sich anbahnende Überwindung des Gegensatzes zwischen Glauben und Wissen in einer neuen Synthese, die auch die Überwindung der Krise des Abendlandes und der europäischen Universität erhoffen lasse. Hier im Bemühen um diese Synthese befinde sich der Standort der Universität der Zukunft. Diese Aufgabe könne sie aber nur in Unabhängigkeit von der Staatsmacht erfüllen. Die Universität müsse sich daher zu einem gewissen Grad dem Staate entziehen, wie es die Kirche getan hat.

Am Tag vor dem Festakt wurde in der umgebauten Edmundsburg auf dem Mönchsberg das „Internationale Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaft“ von Erzbischof Rohrer eröffnet. Damit hat der jahrzehntelang gehegte Gedanke einer katholischen Universität in Salzburg eine konkrete Gestalt erreicht. Es soll eine Universität mit dem Schwerpunkt der Forschung und der „Advanced studies“ sein. Von den geplanten zwölf Instituten, die die vollausgebaute Universität umfassen soll, sind sieben bereits errichtet, zwei davon schon vor längerer Zeit: 1. das seinerzeit von Univ.-Prof. Friedrich Schneider gegründete „Institut für Vergleichende Erziehungswissenschaft“ (Leiter: Univ.-Prof. Leopold Prohaska); 2. das ebenfalls schon einige Zeit bestehende Institut für Religionswissenschaften und christliche Altertumskunde (Leiter: Univ.-Prof. Thomas Michels OSB; Assistent: Matthias Vereno); 3. ein Institut für Wissenschaftstheorie (Leiter: Univ.-Prof. P. Beda Thum); 4. ein Institut für Universalgeschichte (Alexander v. Randa); 5. eines für kirchliche Zeitgeschichte (Dozent Miko); 6. eines für Soziologie und politische Wissenschaften (Dr. Schmölz OP, Assistent von Univ.-Prof. Vögelin, München); 7. ein Ost-Institut (Univ.-Prof. Florian Winter, derzeit USA).

Christliche Wohn- gestaltung und Probleme der Wohnungsnot

Die Schweizer Bischöfe veröffentlichten zum Eidgenössischen Dank-, Buß- und Betttag am 17. September 1961 ein Hirtenschreiben über christliche Wohngestaltung und Probleme der Wohnungsnot, das sie auf ihrer Jahreskonferenz am 3. Juli 1961 in Einsiedeln verfaßt hatten.

In der Ära des stürmischen technischen Fortschritts und der wirtschaftlichen Blüte fühlen sie sich verpflichtet, in

einem ernsten Wort die Gläubigen aufzurufen, ihre besonderen Aufgaben zu erfassen. Es gilt, inmitten einer von der Entpersönlichung bedrohten Massenzivilisation die christliche Kultur zu retten. Aus der Vielfalt der Probleme, welche trotz oder oft sogar wegen der Hochkonjunktur die gesunde Entwicklung der Gesellschaft in Frage stellen, greifen die Bischöfe das Problem der Wohnungsnot heraus, das die seelische wie die leibliche Gesundheit der Menschen gleichermaßen gefährdet und in Stadt und Land, wenn auch in verschiedenen Erscheinungsformen, zu Verhältnissen führt, denen gegenüber ein unverbildetes Gewissen nicht mehr gleichgültig bleiben darf. Die Bischöfe wissen sich in ihrer Sorge einig mit den besten kirchlichen Traditionen. Denn wenn auch die Hauptaufgabe der Kirche in erster Linie im religiösen Bereich liegt, ist sie doch zu keiner Zeit an den irdischen Nöten der Menschen teilnahmslos vorübergegangen.

Das christliche Ideal

Eine christliche Heimgestaltung umfaßt nach den Worten der Bischöfe drei große Ziele: Sicherung des Lebensraums der Familie, Schaffung einer Atmosphäre der Geborgenheit, Beseelung durch den religiösen Geist.

Sei es bereits eine Störung der gottgewollten Ordnung, wenn Einzelmenschen ohne ihre Schuld keine rechte Unterkunft zum Wohnen und Schlafen finden, so seien die Fundamente des Volkswohls bedroht, wenn gar die Familien des bergenden Heims entbehren müssen, da die Familie ohne hinreichende, gesunde und würdige Wohnräume als Gemeinschaft auf die Dauer nicht bestehen kann, ihre Hauptaufgabe, Pflanzstätte einer neuen Generation zu sein, vielfach verraten muß und auch in ihrem Erziehungswerk weitgehend zum Scheitern verurteilt ist.

„Die Schaffung familiengerechter Wohnungen in genügender Zahl ist deshalb keine Angelegenheit, die einfach dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden kann. Sie wird, wenn der Mangel bestimmte Grenzen überschreitet, zu einer sittlichen Pflicht, welcher sich niemand entziehen darf, der einen Beitrag zu leisten vermag.“ Unter familiengerechter Wohnung verstehen die Bischöfe zunächst einmal ein Heim, das für die natürliche Entfaltung der Familie genügend Raum bietet: eine Mindestzahl von Zimmern, die es gestattet, die heranwachsenden Kinder nach Geschlechtern getrennt und ohne unwürdige Zusammenpferchung unterzubringen. Düstere und muffige Mietskasernen sollten überall der Vergangenheit angehören. Familiengerecht sei eine Wohnung des weiteren dann, wenn die Mietlast in einem erträglichen Verhältnis zum Familieneinkommen steht und nicht auf Kosten einer vernünftigen Ernährung, einer soliden Bekleidung oder gar der Ausbildung der Kinder und anderer kultureller Werte bewältigt werden muß.

Dazu komme die andere Erfahrung, daß Dach, Wände, Bett, Tisch und Stuhl, so wichtig sie sind, allein nicht genügen, um den Menschen zufriedenzustellen und die Familie zusammenzuhalten. Das Herz wolle Geborgenheit, nicht bloß Unterschlupf.

Geborgenheit könne aber ein Heim nur schenken, wenn in ihm Menschen wohnen, die einander verstehen und sich gegenseitig helfen. Nur dann werde es gelingen, in der Hast des Alltags immer wieder einzelne kostbare Stunden auszusparen, in denen alle Familienglieder es greifbar erleben, daß sie einander gern haben, sich gegenseitig Freude machen wollen und so eine gottgewollte Einheit bilden, die stärker ist als alle Stürme der Welt. Solche Höhe-

punkte des Zusammengehörigkeitsbewußtseins seien um so notwendiger, je mehr der wirtschaftliche Existenzkampf die Familien auseinanderreißt und sogar die gemeinsamen Mahlzeiten zu einer bloßen Abfütterung entarten läßt, von der weg jeder so rasch als möglich wieder seine eigenen Wege geht. „Keine Konjunktur und keine Krise darf einen Menschen derart in Anspruch nehmen, daß er für seine natürliche Aufgabe als Vater, Mutter, Sohn, Tochter, Bruder, Schwester überhaupt keine Zeit und keine Hingabe mehr aufbringt.“ Eine geschmackvolle Inneneinrichtung des Heimes könne wesentlich zum Gefühl der Geborgenheit beitragen. „Kitsch in der eigenen Wohnung ist Ausdruck der Unreife für die Welt.“

Die Bischöfe weisen dann auf die immer einflußreichere Rolle von Rundfunk und Fernsehen hin und sehen in den modernen Massenbildungsmitteln, sofern sie verantwortungsbewußt und überlegt in das Gemeinschaftsleben und in die Erziehungsarbeit eingebaut werden, eine unschätzbare Bereicherung. Ruhe und Geborgenheit, nach welcher sich der Mensch in der nervösen Hetze unserer Zeit bewußt oder unbewußt sehnt, verlor sich aber, wo das ununterbrochen laufende Radiogerät oder das gedankenlos eingestellte Fernsehprogramm beherrschend in das Haus einströmen. Auch hierin liege eine der vielen Gefährdungen für das christliche Heim, das einer besonderen Sicherung bedürfe.

Diese werde nur dann gegeben sein, wenn seine Räume mit religiösem Geist beseelt sind. Dafür sei in erster Linie die Gesinnung der Familie maßgebend, deren äußerer Ausdruck das Kreuzifix bildet, das auch heute noch in den Mittelpunkt eines jeden christlichen Heimes gehöre. Es sei auch eine Selbstverständlichkeit, daß in der Wohnung einer katholischen Familie das Bild der Gottesmutter seinen Platz habe, wie auch in den modernen Wohnungen das Weihwassergefäß nicht fehlen dürfe.

Richtig verstanden, werde für den gläubigen Christen sein Heim zu einer „ecclesiola“, zu einer Kirche im kleinen, einer aktiven Zelle übernatürlichen Lebens. „Aus ihm heraus wächst das Gottesreich durch das Ehesakrament der Eltern über die Taufe und die Lebensbewahrung der Kinder in die Weite und in die Höhe bis zur seligen Vollendung in den ewigen Wohnungen, die uns Jesus Christus nach seinem eigenen Zeugnis beim Vater bereitet hat (Joh. 14, 2).“

Die heutige Wirklichkeit

„Mit tiefer Betrübnis“ stellen die Bischöfe fest, daß die gegenwärtige schweizerische Wirklichkeit dem Idealbild christlicher Heimgestaltung bei weitem nicht entspreche, ja sich immer weiter davon entferne. Eine erste beklagenswerte Tatsache sei, daß fast überall das Angebot an Wohnungen in keinem Verhältnis zur Nachfrage stehe. Sämtliche Volksschichten würden durch diesen Mangel betroffen, am meisten aber die Nachwuchsgeneration.

Ebenso hart erscheine die Lage der kinderreichen Familien. In städtischen und halbstädtischen Gebieten würden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum mehr Wohnungen erstellt, die auf den Raumbedarf einer Familie mit drei und mehr Kindern abgestimmt sind.

Umgekehrt fielen Woche um Woche landauf und landab Altbauten, in denen Großfamilien bisher Unterkunft gefunden hatten, der Spekulation zum Opfer, würden abgerissen und vielfach durch Bürohäuser ersetzt. Werde ausnahmsweise eine geräumige Wohnung frei, hätten unter den Hunderten von Bewerbern Ehepaare mit drei

und mehr Kindern kaum eine Chance, berücksichtigt zu werden, weil selten ein Hauseigentümer sich noch des Herrenwortes erinnere: „Wer eines dieser Kleinen in meinem Namen aufnimmt, nimmt mich auf“ (Matth. 18, 5). So seien die kinderreichen Familien gezwungen, sich mit einer viel zu kleinen Wohnung, die der Jugend keine Bewegungsfreiheit läßt, zu begnügen oder aber Mieten in Kauf zu nehmen, die weit über dem liegen, was dem Einkommen nach tragbar wäre.

Ein tragisches Problem sehen die Bischöfe heute, vor allem in den Städten, in der würdigen Unterbringung der alten Leute. Die wenigsten jungen Familien seien in der Lage, ihre betagten Eltern zu sich zu nehmen. Diese in ein Altersheim einzuliefern, wo sie keinen eigenen Haushalt mehr führen können, sei — außer im Falle dauernder Pflegebedürftigkeit — eine harte Maßnahme, die vermieden werden sollte, wenn sie nicht aus echter Sorge um die Eltern erwächst. Überdies werde auch diese letzte Lösung wegen der allgemeinen Überfüllung der entsprechenden Anstalten immer mehr erschwert.

Auch dort, wo von einer Wohnungsnot im engeren Sinn nicht mehr generell gesprochen werden könne, nämlich im Fall der Familie bis zu zwei Kindern in städtischen, halbstädtischen und dörflichen Verhältnissen, sei die Lage keineswegs normal. Denn vielfach seien die Mieten, vor allem in Neubauten, gemessen am Gesamteinkommen, zu hoch, so daß von einer Reservebildung keine Rede sein könne und im Falle von Krankheit oder anderen Schicksalsschlägen die öffentliche Fürsorge drohe. Die Schuld daran sei in erster Linie den hohen Bodenpreisen zuzuschreiben, die teilweise auf eine wirkliche Verknappung des bebaubaren Landes, vielfach aber leider auch auf eine unmoralische, von nacktem Gewinnstreben bestimmte Spekulation zurückzuführen seien.

Als eigentlicher Skandal erweise sich in neuester Zeit die schamlose Ausbeutung der ausländischen Gastarbeiter durch skrupellose Zimmervermieter. Diese Handlungsweise sei um so unverantwortlicher, da ohne die Mitwirkung der fünfhunderttausend ausländischen Arbeitskräfte die wirtschaftliche Expansion der letzten Jahre, von deren Früchten ja schließlich alle zehrten, nicht zustande gekommen wäre.

Im Zusammenhang mit der sittlichen Verlotterung unter den jungen Leuten, die mangels einer Wohnung nicht heiraten können, weisen die Bischöfe auf die ständig wachsende Zahl unehelicher Geburten hin. Die Raumnot für die kinderreiche Familie mache es Zehntausenden von Elternpaaren unmöglich, eine naturgetreue Ehe zu führen. Die Wohnungsmisere in einzelnen ländlichen Gegenden und in den Berggebieten sei auch eine der Ursachen der verhängnisvollen Landflucht. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß das Urteil der deutschen Bischöfe aus dem Jahre 1926 über die damaligen Zustände in Deutschland heute weitgehend für die Schweiz zutrefte: „Die Wohnungsverhältnisse, wie sie sich gegenwärtig herausgebildet haben, tragen an dem Zerfall unseres Volkes, der sittlichen Kräfte und des religiösen Innenlebens wahrhaft nicht an letzter Stelle Schuld.“

Die Aufgabe der Gutgesinnten

Zum Schluß ihres Hirtenschreibens geben die Schweizer Bischöfe ganz konkrete Anregungen und Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot und ihrer Folgeerscheinungen. Ihr erster Appell geht an die Eigentümer von Mietwohnungen, die sie bitten, sich bei der Festsetzung der

Mieten ihrer Verantwortung vor Gott bewußt zu sein und auf übersetzte Gewinne zu verzichten und in erster Linie an kinderreiche Familien zu vermieten. Sie sollten sich ihrer eigenen Jugend erinnern und anderen nicht mißgönnen, was sie selbst einst als Selbstverständlichkeit betrachtet haben.

Einen wesentlichen Beitrag zur Milderung der Wohnungsnot erwarten sie von gewissen Kategorien von Mietern, z. B. von Einzelpersonen oder alleinstehenden Ehepaaren, die geräumige und gleichzeitig billige Wohnungen besetzt halten, obwohl eine kleinere Wohnung durchaus genügen würde und sie wirtschaftlich ohne weiteres in der Lage wären, höhere Mieten zu bezahlen. Viele Mieter würden auch über genügend Mittel verfügen, um sich ein eigenes Heim zu bauen, womit Raum geschaffen würde für andere, die nicht so glücklich sind. Überdies sollten jene, denen der Wohlstand die Möglichkeiten in die Hand gibt, über den eigenen Bedarf hinaus Wohnungen schaffen.

Wo die Kraft des einzelnen zur Bereitstellung des dringend notwendigen Wohnraums zu erschwinglichen Mieten nicht ausreicht, beginne nach guter eidgenössischer Tradition die Aufgabe der Gemeinschaft. Die Bischöfe begrüßen deshalb die Gründung von lokalen Wohnungsbaugenossenschaften und freuen sich, wenn insbesondere die Ständevereine in dieser Hinsicht bahnbrechend vorgehen. Sie erwarten, daß auch Bund, Kantone und Gemeinden ihrerseits alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegenden Anstrengungen unternehmen, um, vereint mit der privaten Initiative, der Wohnungsnot ohne weitere Verzögerung Herr zu werden. Eine vordringliche Aufgabe erwache ihnen dabei in der Zurückerkämpfung der ungesunden, preistreibenden Bodenspekulation, gemäß den klaren Wegweisungen Papst Pius' XII., der 1953 in einer Ansprache ausführte: „Darüber besteht kein Zweifel: Keineswegs dürfen die staatlichen Autoritäten jeden Wertzuwachs des Eigentums, der sich allein aus der Entwicklung der örtlichen Verhältnisse ergibt, direkt oder indirekt unterbinden; doch die Sozialfunktion des Eigentums verlangt, daß dieser Gewinn die andern nicht daran hindert, auf rechte Weise und zu einem angemessenen Preis ein so wesentliches Bedürfnis wie das nach einer Wohnung zu befriedigen. Bekämpft daher mit allen Mitteln, die das Gemeinwohl rechtfertigt, den Bodenwucher und jede wirtschaftlich unproduktive Finanzspekulation mit einem so fundamentalen Gut, wie es der Boden ist.“

Verstärkte staatliche Hilfe sei vor allem auch nötig, wenn es darum geht, finanziell erschwingliche Wohnungen für die Kinderreichen zur Verfügung zu stellen, die nötige Anzahl von Alterssiedlungen zu bauen und die sanierungsbedürftigen Wohnverhältnisse auf dem Lande und in den Bergen zu verbessern. Die da und dort noch verbreitete Auffassung, die öffentliche Hand solle die Wohnungsfürsorge mehr oder weniger aufgeben, weil dadurch die Mittel für die Steigerung und Entfaltung der wirtschaftlichen Produktion beeinträchtigt werden könnten, könne einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten, denn aus der Volksgesundheit und einem glücklichen und gesitteten Familienleben, die wiederum Vorbedingungen für Arbeitslust und Berufsfreude sind, wüchsen ja die wesentlichsten und wertvollsten Kräfte eines jeden soliden wirtschaftlichen Fortschritts. Diese Antwort gelte auch für den möglichen Einwand, die geforderten umfassenden Anstrengungen zur Überwindung der Wohnungsnot könnten zu einer Überlastung des Baumarktes und zu einer Überhitzung der Konjunktur führen. Der Mensch, die Familie

habe den Vorrang. Eher seien alle anderen Bauvorhaben zurückzustellen, als daß der familiengerechte Wohnungsbau verzögert werden darf.

Abschließend weisen die Schweizer Bischöfe auf den unschätzbaren geistigen Gewinn und das überwältigende materielle Ergebnis des nun zu Ende gegangenen Schweizer Missionsjahres hin (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 439 ff.); es habe bewiesen, zu welchen Großtaten das katholische Volk fähig sei.

Aus dem Vatikan

Der Priester als Diener an der Einheit der Christen Kardinal Augustin Bea hat im vergangenen Jahr in seiner Eigenschaft als Leiter des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen mehrfach wertvolle praktische Anregungen gegeben, wie die Zusammenarbeit mit den getrennten Christen angelegt sein sollte, wo ihre Grenzen liegen und wo heute schon eine Pflege von Gemeinsamkeiten möglich ist (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 248, 297 und 476). Neuerdings hat er in einem Vortrag vor französischen Seminaristen auf dem Odilienberg im Elsaß diese Anregungen für die Ausbildung des Klerus konkretisiert („Der Priester als Diener an der Einheit der Christen“, in „Stimmen der Zeit“, Oktober 1961, S. 1—9). Man wird annehmen dürfen, daß diese Anregungen bei der Reform der Priesterausbildung auf dem Konzil eine Rolle spielen werden. Darum entnehmen wir dem Vortrag die wichtigsten Vorschläge und Forderungen.

Als erstes fordert der Kardinal eine solide geistige und religiöse Ausbildung, die dem künftigen Priester die volle Glaubenssicherheit im unwandelbaren Dogma der Kirche gibt. Er darf nicht, wie es vielfach heute zu beobachten ist, Zweifeln an der Unerbittlichkeit des katholischen Dogmas erliegen und in mißverständlicher Liebe zu den getrennten Brüdern einem „Irenismus“ verfallen, wobei dann wesentliche von unwesentlichen Dogmen unterschieden werden. Er muß sodann völlige Sicherheit über die hierarchische Struktur der Kirche und ihre Einheit erlangen. Das sind an sich Selbstverständlichkeiten; daß sie Kardinal Bea mit solcher Nachdrücklichkeit betont, zeigt, daß sie bereits diskutiert werden.

Mehr Bibelkenntnis

Neu hingegen ist die Begründung für die Forderung, daß die jungen Theologen eine genauere und tiefgreifende Kenntnis der Heiligen Schrift nachweisen müssen: weil die getrennten Brüder hauptsächlich aus der Heiligen Schrift leben und man diese besser kennen müsse als sie selber. Es ist keine Frage, daß der Kardinal mit dieser Forderung eine begeisterte Zustimmung des gesamten theologischen Nachwuchses finden wird, der schon lange darauf wartet, daß die Lehrpläne an den theologischen Hochschulen und Seminaren dem Studium der Heiligen Schrift mehr Rechnung tragen. Der Kardinal mahnt aber auch, die Philosophie nicht leicht zu nehmen, besonders das Studium der neueren Philosophie, weil viele theologische Meinungen der getrennten Christen ohne die Kenntnis ihrer stillschweigenden philosophischen Positionen nicht ganz verständlich sind, was bei der Bultmann-Schule auf der Hand liegt, aber selbst bei Karl Barth bis zurück zu Schleiermacher, ja Luther nachweisbar ist. Sodann erwartet der Kardinal eine Beschäftigung mit der Ökumenischen Bewegung und das Studium der Konfessionskunde.

Er ließ natürlich keinen Zweifel daran, daß das Streben nach persönlicher Heiligkeit, eine echte Liebe zu allen Getauften und das Gebet immer die Grundlagen für einen Dienst des Priesters an der Einheit der Christen bilden. Neu ist, daß dem Priester überhaupt diese missionarische Aufgabe gestellt wird, so wie der Papst an die getrennten Christen zu denken.

Aus Süd- und Westeuropa

Katholiken und Nennisozialisten Die nun bereits seit Monaten andauernde politische Krise in der autonomen Region Sizilien, über deren Verlauf wir schon in anderem Zusammenhang berichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 299 f.), hat in den letzten Wochen offenbar eine vorläufige und, wenn nicht alle Zeichen trügen, auch dauerhafte Lösung gefunden. Anfang September wurde der Regionalsekretär der Christlichen Demokraten Giuseppe D'Angelo mit 45 von 89 Stimmen zum Vorsitzenden der Regionalregierung gewählt. Seiner Regierung gehören 6 Christliche Demokraten, 4 Nennisozialisten, ein Sozialdemokrat und ein Linksunabhängiger an. Die Dissidenten von der Christlich-Sozialen Partei Siziliens hatten auch diesmal gegen den Kandidaten der Christlichen Demokraten gestimmt. Die neue Regierung verdankt ihr Zustandekommen in erster Linie dem Zusammengehen von Katholiken und Nennisozialisten. Damit wurde in Sizilien zum erstenmal verwirklicht, was seit langem in ganz Italien das offene oder geheime Ziel nicht nur der Sozialdemokraten, sondern auch der christlich demokratischen Linken ist: die Öffnung der Democrazia Cristiana nach links durch Zusammenarbeit mit den Nennisozialisten. Tatsächlich sind die Ereignisse in Sizilien nicht ohne Rückwirkungen auf Rom geblieben, und die Regierung Fanfani hat einige Mühe, die Regierungsbildung in Sizilien gegenüber ihren Verbündeten zu rechtfertigen (vgl. „Corriere della Sera“, 5. 10. 61 und 7. 10. 61). Bezeichnend ist, daß der neuen sizilianischen Regierung weder Vertreter des linken Flügels der Democrazia Cristiana noch des linken Flügels der Nennisozialisten angehören. D'Angelo selbst gehört zum gemäßigten rechten Flügel seiner Partei. Dieser Umstand mindert in etwa die politische Tragweite des Experiments.

Der sizilianische Episkopat hat zur neuen Regierungsbildung bisher geschwiegen. Das hat um so mehr überrascht, als noch vor wenigen Monaten sowohl die sizilianischen Bischöfe wie Bischöfe aus dem übrigen Italien vor einer Öffnung nach links gewarnt und die Bestimmungen des Heiligen Offiziums über die Zusammenarbeit von Katholiken mit den Kommunisten und den mit ihnen verbündeten Parteien in Erinnerung gerufen hatten (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 299—301). Wenige Tage nach der Regierungsbildung veröffentlichte jedoch die Kirchenzeitung des Bistums Palermo einen Kommentar, der in Italien beträchtliches Aufsehen erregt hat. Der Kommentar kann als ein Einlenken der Kirche gegenüber den Nennisozialisten angesehen werden. Er beruft sich auf eine Erklärung der Nennisozialisten Siziliens, in der sich diese verpflichtet hatten, „sich von jeglicher Form totalitärer Politik zu distanzieren“ und außerdem „den moralischen und religiösen Werten des sizilianischen Volkes gegenüber positiven Respekt zu zeigen“. Sollten sich, so meint das Blatt, die Nennisozialisten an diese Erklärung

halten, so beweisen sie dadurch, „nicht mehr länger Bundesgenossen der Kommunisten zu sein“, und einer politischen Zusammenarbeit mit den Katholiken stünde dann nichts mehr im Wege.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (12. 10. 61) hat sich aber Kardinal Ottaviani, der Sekretär des Heiligen Offiziums, neuerdings gegen das Bündnis mit der Linken ausgesprochen; er betonte, die Dekrete des Heiligen Offiziums gegen „die Kommunisten und ihre Helfer“ seien nach wie vor in Kraft.

**Soziale
Gerechtigkeit:
Spaniens
Thema Nr. 1**

Zum Jubiläum des „Osservatore Romano“ verfaßte der Bischof von Málaga, Dr. Ángel *Herrera Oria*, einen Beitrag, der in der Nummer vom

3./4. Juli 1961 veröffentlicht wurde: „Das soziale Gewissen in Spanien.“ In einem ersten Teil beschreibt er die Fortschritte des spanischen Katholizismus in den letzten zwei Jahrzehnten, wie sie sich in den Priesterberufen, in religiöser Bildung und Exerzitienbesuch, in der Caritas, in den katholischen Laienverbänden, in der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit und in der Haltung der Lehrerschaft äußern. Der Hauptteil des Beitrags ist aber eine ziemlich scharfe Anklage gegen die spanische Gesellschaft in Hinsicht auf ihre soziale Haltung.

Der Bischof von Málaga über die spanische Gesellschaft

Der bekannte spanische „Sozialbischof“ schreibt:

„Der tiefste Bruch des spanischen Katholizismus ist die ungenügende Formung des sozialen Gewissens: ein schon seit langem bestehender Defekt . . . In die konservativen Schichten der Unternehmer und Landeigentümer ist die päpstliche Soziallehre seinerzeit nicht eingedrungen. Es fehlten zwar seit dem Ende des vergangenen Jahrhunderts nicht einzelne hochverdiente Gestalten, die eine neue Gewissenshaltung heranzubilden versuchten. Aber insgesamt haben jene spanischen Klassen die Entwicklung nicht nur nicht erleichtert, sondern ihr sogar einen geschlossenen Widerstand entgegengesetzt. Dies teilweise aus Egoismus, teilweise aus Unwissenheit . . .

Die Linke, die das machtvolle Instrument einer großen sektiererischen Presse ausnützte, konnte der organisierten Industriearbeiterschaft die Idee einflößen, die Kirche stelle sich der angemessenen Rehabilitierung der Arbeit in den Weg. Andererseits ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß die große Mehrheit der Arbeiter gläubig geblieben war und gläubig geblieben ist, wenn sie auch nicht alle praktizieren und wenn ihnen auch die katholische Soziallehre vollständig unbekannt ist.

In den letzten zwanzig Jahren hat das Gewissen der Unternehmer und des Bürgertums rühmliche Fortschritte gemacht, was die christliche Liebe angeht. Das gleiche gilt aber nicht für die soziale Gerechtigkeit. Die große Zahl der Unternehmer und Grundbesitzer, die sie auszuüben glauben, ist noch nicht über das Stadium des Patriarchalismus hinausgekommen. Nur ganz wenige haben eine ernsthafte Reform der Strukturen und der Güterverteilung begonnen, die die Klassen einander anzunähern imstande wäre.

Der nationale Lebensstandard insgesamt wurde beträchtlich gehoben, aber die Geschäftsgewinne waren in den vergangenen Jahren relativ so umfangreich, daß die Distanz der Klassen in wirtschaftlicher Hinsicht unverändert ist.“

„Dies alles gilt ganz besonders für die Landgebiete. Das Agrarproblem übertrifft in seiner Schwere alle anderen Probleme des nationalen Lebens.

Es herrscht eine große religiöse Unwissenheit unter den Landarbeitern. Aber sie sind nicht vom Marxismus berührt: sie bewahren ihren Glauben und die hergebrachten edlen Tugenden des Bauerntums. Sie sind bereit, sich mit ihren Landherren zu verständigen.

Mit Recht hat man gesagt, daß in den ausgedehnten Gebieten des Großgrundbesitzes, die sich von der Nordgrenze Portugals bis zur Ostküste Andalusiens erstrecken, zugleich die größte Zukunftshoffnung Spaniens und seine größte Gefahr liegen. Die größte Hoffnung, wenn frühzeitig genug die gerechten und dringend nötigen Reformen eingeführt werden! Um diese zu erreichen, ist die entschlossene Gewissensbildung der Grundeigentümer von drängender Notwendigkeit. Ihre Mentalität muß heute noch mit ganz wenigen Ausnahmen als herrschaftlich bezeichnet werden. Sie lebten insgesamt fern von den päpstlichen Mahnungen und fern von dem, was die Tatsachen und Ereignisse selbst lehren sollten . . . Es muß hinzugefügt werden, daß die Frauen, die auf dem Land einen größeren Einfluß haben als in Industriegebieten, dazu beitragen, eine echt christliche Haltung zu verhindern . . .“

Im Anschluß an die Weisungen der Päpste Pius XII. und Johannes XXIII. legt der Bischof dann dar, welche sozialen Reformen auf dem Gebiet einer heute noch patriarchalischen und feudalen Agrarwirtschaft erforderlich sind. Zum Abschluß weist er auf einige positive Tatsachen hin, die auf die Entstehung eines neuen sozialen Gewissens schließen lassen. „Es gibt Gründe für die Behauptung, daß Spanien in den nächsten zehn Jahren ein neues soziales Gewissen erhalten und entschlossen eine schnelle Reform der Strukturen auf dem Land einführen wird.“

Kritik . . .

Die Herder-Korrespondenz hat über die sozialpolitische Problematik in Spanien immer wieder und ausführlich berichtet (vgl. zuletzt insbesondere 10. Jhg., S. 210 f., 11. Jhg., S. 78 ff. und 508 ff., 13. Jhg., S. 554 ff., 14. Jhg., S. 301 f.). Der Beitrag des Bischofs von Málaga ist nicht die einzige kritische Bestandsaufnahme aus jüngster Zeit.

In einer Unterredung mit dem NCWC News Service äußerte der geistliche Nationalleiter der kirchlichen Arbeiterbewegung (HOAC), A. *Malagón*: „Unsere Gesellschaft hat einen tiefen Bruch: soziale Ungerechtigkeit. Der lange Bürgerkrieg hat das Problem der Landreform nicht gelöst und das Los der Industriearbeiter nicht wesentlich gebessert. Die meisten unserer Führer machten aus diesem Krieg nur einen religiösen Konflikt.“

José María *Díez Alegria* SJ, Professor für Ethik und Soziallehre an der Jesuitenhochschule Alcalá de Henares, schrieb: „Wir haben die Wahrheit des Evangeliums aus dem Blick verloren. Die bürgerliche Welt hat dem Wort Christi einen Klassenfilter übergestülpt und erst so ein Wohlgefallen daran gefunden. Wir müssen aber das Wesen des evangelischen Geistes wieder suchen, der in nichts anderem als in der Liebe besteht. Die Rolle der Christen ist die Verwirklichung der Revolution, aber nicht wie im Marxismus unter dem Zeichen des Hasses, sondern unter dem Zeichen der Liebe. Die große Sünde der spanischen Gesellschaft ist die geheuchelte Unwissenheit. Wenn wir

am eigenen Leibe die Bedrängnisse so vieler unserer Brüder erlebten, würden wir die Vorurteile und Schwierigkeiten schnell überwinden. Die Tragödie der modernen Welt im Angesicht der Krise des Marxismus ist das Verbrechen des Patriarchalismus, die Verletzung der Gerechtigkeit: wohltätige Werke unter gleichzeitiger Vorenthaltung der lebensnotwendigen Löhne, was dann als Caritas ausgegeben wird. Die Sünde dieser unserer heidnischen Gesellschaft ist das Fehlen der Liebe. Wir haben das Evangelium verfälscht.“

... und Forderungen

Der Professor für Kirchenrecht an der Universität Sevilla, Manuel *Jiménez Fernández* (vgl. zu seiner Person Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 80 und 153), betonte in einer Umfrage zum „Tag der Caritas“ die Notwendigkeit, die spanische Gesellschaft erst wieder zu verchristlichen. Diese Gesellschaft habe schon im Jahr 1930 einen trostlosen Anblick geboten; daran habe sich nach dem Ausweis einer Anzahl soziologischer Erhebungen in Madrid, in Nord- und Südspanien kaum etwas geändert.

Der Madrider Professor für Sozialpolitik, Dr. *Federico Rodríguez*, stellt in einem Gedenkartikel zum 70. Jahrestag von *Rerum novarum* fest, der Geist dieser Enzyklika sei weder damals noch heute in die spanische Gesellschaft eingedrungen. In fast allen Gebieten des spanischen sozialen Lebens, vor allem aber in der gewerblichen Wirtschaft, sei die Enzyklika ohne Echo geblieben. Ähnlich äußerte sich der Sekretär des spanischen Episkopats, Bischof *Enrique Tarancón*, auf dem Madrider Festakt zum 70-Jahr-Jubiläum von *Rerum novarum*.

Miguel Peinado, der Pfarrer einer für ihre religiöse wie soziale Arbeit weithin bekannten Pfarrei in Granada, erklärte gegenüber dem NCWC News Service (12. 6. 61): „Unsere reiche Klasse ist in der Tat fromm und in ihrer Familienmoral gesund; sie ist aber taub gegenüber jeder sozialen Verantwortung. Und jenseits der Schranken lebt die arme Klasse, irgendwie verbittert und für eine religiöse Ordnung gefühllos. Was wir brauchen — und zwar bald brauchen —, ist eine christliche Gesellschaft von beiden Seiten her: eine Arbeiterschaft mit Würde, Glaubenstreue und Hoffnung auf bessere Tage und eine besitzende Schicht mit dem Willen, ihren Reichtum großzügig für das Gemeinwohl einzusetzen und zu teilen.“ Als Illustration hierzu erwähnt der amerikanische katholische Nachrichtendienst die Tatsache, daß reiche Eltern in den katholischen Schulen mit dem Wunsch vorstellig werden, man möge ihre Kinder doch nicht in kirchlicher Soziallehre unterrichten.

Lapidare Feststellungen traf die HOAC in ihrem (stets sehr lebendig gestalteten) Verbandsorgan „Boletín“. In der 2. Julinummer 1961 veröffentlichte sie folgenden Aufruf:

„Wir christlichen Arbeiter erklären:

1. daß die gegenwärtigen Löhne für die meisten Spanier unzureichend sind;
2. daß wir den Begründungen, wie sie üblicherweise abgegeben werden, um die bisherige Situation aufrechtzuerhalten, aufs schärfste widersprechen;
3. daß diese Situation im Licht der christlichen Moral eine wahre Kollektivsünde darstellt;
4. daß jeder Christ verpflichtet ist, sein Menschenmögliches zu tun, um den gegenwärtigen Stand der Dinge umzuwandeln.“

Weitere bischöfliche Stellungnahmen

Der Bischof von Bilbao, *Pablo Gúrpide Beope*, hat Anfang August in einem an die CAJ seiner Diözese gerichteten Hirtenwort dagegen protestiert, daß trotz des industriellen Aufschwungs heute vielen Arbeitern noch kein menschenwürdiger Mindestlohn gezahlt werde. Die bedauernde Folge davon sei, daß zahlreiche junge Männer nur mehr in der Auswanderung oder in ausländischer Saisonarbeit Auswege sähen. Bereits in der Osterwoche hatte sich der Bischof in einem Hirtenschreiben, das in keiner spanischen Zeitung veröffentlicht werden durfte, mit der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit befaßt.

Er wies darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre dem Unternehmer zu Lasten des Arbeiters hohe Gewinne eingebracht habe. Die Opfer, die die gegenwärtigen wirtschaftlichen Umstellungen mit sich bringen, dürften nun nicht wieder einseitig auf die Schultern des Arbeiters gelegt werden. Er mahnte die Arbeitgeber, bei der Modernisierung der Betriebe nur in den äußersten Fällen, nach der Ausschöpfung aller anderen Mittel, zur Entlassung von Arbeitern zu schreiten. Dieser Protest ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die baskischen Gebiete um Bilbao zu den höchstentwickelten Spaniens zählen und der Lebensstandard dort nahezu dem europäischen Durchschnitt entspricht.

Noch sehr viel trostloser ist die Lage in den zentral- und südspanischen Agrargebieten. Davon handelt ein Beitrag des Weihbischofs *Añoveros Ataún* von Cádiz im Organ der CAJ Spaniens. Nach seinen eigenen Erhebungen liegt das Tageseinkommen der Saisonarbeiter unter Einschluß der arbeitslosen Monate bei 2 bis 4 DM (umgerechnet nach der Kaufkraft). Große Ländereien seien immer noch gänzlich unbewirtschaftet oder nur halb kultiviert. Dieser riesige Landbesitz könnte bei intensiver und technisch besserer Bewirtschaftung eine erheblich größere Zahl von Arbeitern im festen Lohnverhältnis mit höheren Löhnen beschäftigen. „Die Überlegungen zur Lösung der Probleme eurer kaum ausgebeuteten Latifundien sind nicht eurer Willkür überlassen, sondern sind eine heilige Pflicht der Gerechtigkeit.“ Das verlange natürlich größere Investitionen, einen wirklichen Arbeitseinsatz und die Aufgabe der verbreiteten Haltung, auf der Fülle des Reichtums ausruhen zu wollen. Der andalusische Bischof schlägt die Errichtung bestimmter Kleinindustrien vor, deren Saison mit der arbeitsarmen Periode der Landwirtschaft abgestimmt werden müßte. Im übrigen fordert er die Landarbeiter auf, ihren Fatalismus zu überwinden und gegenüber Großgrundbesitz, Gesellschaft und Staat nicht alle Hoffnung aufzugeben. Die Arbeiter sollten selbst die Initiative ergreifen und an Lösungen tatkräftig mitarbeiten. (Auf die spanischen Agrarprobleme werden wir abschließend nochmals zurückkommen.)

„Die soziale Wirklichkeit der spanischen Gesellschaft ist nicht so katholisch wie der gegenwärtige spanische Staat“, erklärte Bischof *Cantero Cuadrado* von Huelva (Andalusien) in einem Hirtenschreiben. Auch er wies auf die Arbeitslosigkeit und ähnliche Sozialprobleme hin. In einem zweiten Hirtenbrief geißelte er die „ideologische, strukturelle und apostolische Enge“ des innerkirchlichen Gruppeneigentes als „töricht, absurd und eine wahre geistige Krankheit“. Dieser organisierte Verbandsegoismus mindere in bedauernder Weise „die große geistige Vitalität des spanischen Katholizismus“ in sozialer Hinsicht. Selbst das zum nationalen Eucharistischen Kongreß (17.

bis 23. 9. 61 in Zaragoza) vom Erzbischof von Zaragoza erlassene Hirtenwort handelt über Einheit und sozialen Frieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit. Ein Eucharistischer Kongreß fordere „mit brennender Ungeduld“, daß in Spanien schnellstens eine innere Einheit zwischen allen Klassen und Wirtschaftsschichten herbeigeführt werde. Das sei nur möglich, wenn allen Söhnen des Landes in gleicher Weise Anteil auch am materiellen Wohlstand gewährt würde.

Verschärfte Auseinandersetzung mit den Syndikaten

Die kirchlichen Verbände stehen teilweise in harter Rivalität zum falangistisch-syndikalistischen Monopolsystem, das ihnen ihre Existenzberechtigung bestreitet.

Das gilt insbesondere für die katholische Arbeiterorganisation HOAC, über die es im Herbst 1960 zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Parteiminister Solís Ruiz und dem Kardinalprimas Pla y Deniel gekommen war (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 252 f.). Der Konflikt war mit dem Canossagang des Ministers im erzbischöflichen Palais in Toledo noch nicht zu Ende. Die HOAC selbst konterte nämlich zum 19. März 1961 mit einem Rundschreiben an ihre leitenden Mitglieder, das auf sieben Seiten den Standpunkt der HOAC-Nationalleitung darlegt. Während der Kardinalprimas in seinem Beschwerdebrief noch die Auffassung (des Primas selbst und der zuständigen Bischofskonferenz) vertrat, das spanische Syndikatswesen stehe nicht im Widerspruch zur kirchlichen Soziallehre, verfißt das HOAC-Rundschreiben die entgegengesetzte Auffassung, wie sie auch durch den Bischof der Kanarischen Inseln, Antonio Pildáin y Zapiáin, zum Ausdruck gekommen war. Dieser hatte in einem Hirtenschreiben des Jahres 1954 den spanischen Syndikalismus als der kirchlichen Lehre widersprechend angeprangert. Das HOAC-Rundschreiben bezieht sich nicht ausdrücklich auf den Bischof (die namentliche Bezugnahme wurde erst bei der Schlußredaktion gestrichen), vertritt aber die gleichen Argumente. Unter Bezugnahme auf Leo XIII. und ein kürzliches Schreiben Kardinal Tardinis wird die von Minister Solís Ruiz formulierte Definition gewerkschaftlicher Freiheit als unannehmbar zurückgewiesen, weil sie an dem Fundamentalprinzip der Selbstbestimmung der Arbeiterschaft vorbeigehe. Für eine echte gewerkschaftliche Freiheit sei im spanischen Syndikatswesen kein Raum.

Konnte dieses Dokument noch als das Produkt von Laien und von radikalen Außenseitern gewertet werden, so gab es wenig später eine „aufsehenerregende Wende der kirchlichen Haltung“ (KNA). Die spanische Bischofskonferenz sandte Anfang September 1961 an „verantwortliche Kreise“ den Text eines Vortrages von Weihbischof Dr. *González Moralejo* von Valencia, worin dieser auf Grund der päpstlichen Soziallehre, aber auch unter Berufung auf das Internationale Arbeitsamt die spanischen Gewerkschaften in ihrer Struktur und ihrer Praxis kritisiert und in energischen Worten ihre Reform verlangt. Die spanischen Syndikate seien weder Gewerkschaften noch berufsständische Korporationen im Sinne der päpstlichen Soziallehre, und es sei nun nach 25 Jahren an der Zeit, daß in Richtung auf echte Gewerkschaften Schritte unternommen würden. „Es ist nicht meine Aufgabe, Fristen zu stellen. Wenn das Gemeinwohl verlangt, daß man schrittweise vorgehe, möge es geschehen — aber es geschehe! Wenn Vorsicht am Platze, dann Vorsicht — aber man gehe an die Aufgabe heran!“

Weihbischof *González Moralejo* gilt als führender Sozialexperte des spanischen Episkopats; der Versand seiner Stellungnahme durch die bischöfliche Dienststelle gibt zu verstehen, daß sich die spanische Kirche mit seiner Auffassung identifiziert. Auch die Jesuitenzeitschrift „*Ab-side*“ brachte in ihrer jüngsten Nummer (Juli/August) einen grundsätzlichen Beitrag über die Selbstbestimmung der sozialen Verbände nach der Lehre Pius' XII.

Dies kann nicht anders denn als unverblümter Angriff auf eine der tragenden Säulen des gegenwärtigen spanischen Staatssystems gewertet werden. Staatschef Franco hatte erst im März 1961 auf einem großen Syndikatskongreß unter deutlicher Kritik an der westlichen Demokratie und ihren „überlebten Parteigruppierungen“ wieder erklärt, die von den Syndikaten getragene „organische Demokratie“ sei für Spanien die einzige Lösung und der allein gangbare Weg. In einem der Grundgesetze des spanischen Staates, dem Arbeitsgesetz aus den Jahren 1938 und 1947, werden die Syndikate ausdrücklich als Instrumente des totalitären Staates bezeichnet.

Sozialinstitute der spanischen Kirche

Es muß an dieser Stelle einmal ein Überblick über die Sozialarbeit der spanischen Kirche geboten werden. Diese Sozialarbeit ist im Rahmen des Möglichen durchaus vorbildlich zu nennen und hält dem Vergleich mit sozial wesentlich höher entwickelten Ländern stand.

Die Forschungsarbeit teilt sich wie überall in die sozialtheoretische und in die sozialempirische Forschung. Letzterer dient (neben dem hier schon öfters genannten „Amt für Information und Statistik der spanischen Kirche“ unter Dr. Jesús Iribarren) das ebenfalls vom Episkopat gegründete „Centro de Estudios de Sociología Aplicada“ (CESA) in Madrid. Dieses Zentrum ist Mitglied der Internationalen Föderation kirchlicher Forschungsinstitute (FERES) und gibt als Organ die Zeitschrift „*Documentación Social*“ heraus.

Überwiegend sozialtheoretischer Forschung und der Konkretisierung der kirchlichen Soziallehre widmen sich die Sozialinstitute der Gesellschaft Jesu und der Dominikaner. Das angesehene Jesuiteninstitut „*Fomento Social*“ mit der gleichnamigen Vierteljahrszeitschrift wurde schon im Jahr 1926 von P. Nevares SJ gegründet und wird heute von Rogelio Duocastella SJ geleitet; zu dem Forschungsstab gehört auch der international angesehene Sozialwissenschaftler Martín Brugarola SJ. Die Dominikaner haben ein 1955 von P. Vázquez OP gegründetes Forschungsinstitut „*Barriada y Vida*“ sowie neuerdings ein „Centro de Estudios Sociales“ im „Tal der Gefallenen“ (Valle de los Caidos).

Unter den sozialen Bildungseinrichtungen ist in erster Linie das verdienstvolle „Sozialinstitut Leo XIII.“ in Madrid zu nennen, das unmittelbar dem Episkopat untersteht. Es wird vom Bischof von Málaga persönlich geleitet und ist zugleich der Sitz des stellvertretenden Sekretärs des spanischen Episkopats, Msgr. José María Eguaras. Es bietet in dreijährigen akademischen Kursen ein vollständiges sozialwissenschaftliches Studium (vor allem für Priester) und daneben Sommerkurse für Laien beiderlei Geschlechts. Das Institut hat schon eine beträchtliche Anzahl sozialwissenschaftlicher Monographien veröffentlicht. Das moderne Gebäude im Bereich der Madrider Universitätsstadt wird demnächst durch einen weiteren Bau für mehrere Hundert Studierende erweitert, der auch die neugegründete kirchliche Journalistenschule aufnehmen soll.

Diözesane Sozialinstitute haben Barcelona (seit 1951) und Valencia (seit 1948). Letzteres umfaßt auch ein eigenes Ausbildungsinstitut für Arbeiter.

Die Gesellschaft Jesu unterhält in Spanien drei Wirtschaftshochschulen: eine der Jesuitenhochschule in Deustobilbao angeschlossene „Handelsuniversität“ (Zweimonatschrift: „Boletín de Estudios Económicos“), eine Hochschule für Betriebsleiter und Verwaltungsspezialisten (ESADE) in Barcelona und eine Hochschule für Betriebstechniker (ESTE) in San Sebastián; dazu kommen die Abendkurse für Betriebsleiter (ICADE) in Madrid.

Es gibt ein „Institut für Forschungen des Mittelstandes“ in Madrid und nahezu 30 kirchliche Ausbildungsstätten für Sozialdienste.

Die spanischen Sozialen Wochen (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 451 f., und 12. Jhg., S. 549 f.) haben ihren 20. Kurs Ende November 1961 in Madrid über das Generalthema „Wirtschaftliche Entwicklung“.

„Inkarnation in der Arbeiterschaft“

Die Sozialarbeit der spanischen Kirche beschränkt sich nicht auf theoretische Forschungen und Lehren. Es ist wenig bekannt, daß Spanien auch „Arbeiterpriester“ hat, die durch die Krise in Frankreich nicht betroffen wurden. Es handelt sich um eine bereits 1943 von Juan Soler de Morell SJ gegründete und 1949 kanonisch errichtete Ordensgenossenschaft „Hermandad de Cristo Trabajador“ (Bruderschaft Christi des Arbeiters). Die Gemeinschaft hat ihre Zentrale in Cugat del Vallés (Barcelona) sowie bereits vier weitere Niederlassungen. Die Laienmitglieder des Ordens (nicht die Priester) stehen tagsüber im regulären Arbeitsleben in Fabriken, Büros und im Baugewerbe. Nachts und zu den täglich dreistündigen Kommunitätsgebeten am Morgen und Abend halten sie sich in den Ordenshäusern auf.

Einen theoretischen Kommentar zu dieser Arbeit liefert ein Leitartikel des HOAC-Bulletins (2. Mainummer 1961) unter dem Titel „Die wahre Erlösung fordert die ‚Inkarnation‘ in dem zu rettenden Milieu.“ Die Zeitschrift unterscheidet vier Stufen der „Inkarnation“ im Arbeitermilieu:

1. Die Anerkennung der Arbeiterschaft in ihrer Mentalität, ihrem Verhalten und ihren Bestrebungen. „Wer das rechtmäßige Verhalten der Arbeiterschaft und ihre in sich ehrenhafte Mentalität als marxistisch und antichristlich abstempelt, handelt in der Tat höchst ungerecht.“
2. Die Identifikation mit dieser Haltung der Arbeiterschaft über die Schranken der eigenen privilegierten Situation hinweg.
3. Die Teilnahme an den Leiden der Arbeiterschaft. „Diese Teilnahme reicht vom Verzicht auf gewisse Launen und Amüsements mit dem Blick auf die Entbehrungen der Notleidenden bis zu einem armen Leben unter den Armen selbst.“
4. Die Teilnahme an den Aktionen der Arbeiterklasse, „mit allen damit verbundenen Risiken“. „Christlich ist es nicht, daß die von ‚oben‘ die von ‚unten‘ mitziehen. Christlich ist es, daß die Begüterten zu den Bedürftigen herabsteigen, sie begleiten, mit ihnen Hand anlegen, weil es nur so aufwärts gehen kann. Das Gegenteil würde bedeuten, die Bestimmung der Arbeiterschaft zu verfälschen; man erzielt damit nur einzelne Karrieren, die oft durch einen Verrat an der gesamten Arbeiterklasse erkaufte werden. Die wesentliche und echte Aufgabe der HOAC gegenüber der traditionellen sozialen Mentalität aber ist

die recht verstandene Inkarnation: Der Aufschwung der Arbeiterklasse ist nur von unten her möglich, freilich unter der angestrengten Mithilfe aller.“

Weitere praktische Sozialarbeit

In 36 spanischen Städten gibt es kirchliche Sozialzentren für die Bevölkerung, mit Aufenthaltsräumen, Lesesälen, Sportanlagen und medizinischer Ambulanz.

Kirchliche Baugenossenschaften (Constructoras Benéficas) haben in den letzten Jahren in 48 Diözesen mehr als 25 000 billige Wohnungen gebaut, meist Einfamilienhäuschen; etwa 7 000 weitere sind im Bau, 17 000 in Planung. Die notwendige Eigenleistung beträgt in der Regel nur 200 bis 400 DM, die monatliche Tilgung 20 DM. In Zukunft können von kirchlicher Seite jährlich etwa 10 000 Wohnungen gebaut werden. Spanien hat ein Defizit von 500 000 Wohnungen; weitere 400 000 bedürfen dringend umfassender Reparaturen. Wegen des Bevölkerungswachstums (jährlich über 250 000 Eheschließungen) und der Landflucht (jährlicher Zuzug nach Madrid, Barcelona und Valencia je etwa 25 000) müßten pro Jahr etwa 150 000 Wohnungen gebaut werden.

Ein besonderes Verdienst hat die spanische Kirche auf dem Gebiet der Agrargenossenschaften. Es gibt in Spanien mehr als 6000 landwirtschaftliche Kooperative mit einer Mitgliederzahl von rund 1,2 Millionen Familien; ihre jährliche Erzeugung hat einen Wert von über 16 Millionen Dollar, davon ein Drittel auf Auslandsmärkten. Diese Genossenschaften werden wesentlich von der Kirche getragen; bei einem kürzlichen Genossenschaftskongreß in Murcia waren von den hundert versammelten Leitern die Hälfte Priester. Diese Neugründungen gehen zum Teil noch auf die einst mächtige katholische Agrargenossenschaftsbewegung zurück, die 1940, im Jahr der Unterdrückung durch die Falange, 2750 Einzelorganisationen mit 275 000 Familien umfaßte. Auch heute noch müssen diese kirchlichen Genossenschaften gegen eine Welle von Mißtrauen, Neid und Feindschaft bei Syndikatsführern, Regierungsbeamten, Großgrundbesitzern und Banken ankämpfen. Die Syndikate sehen auch in diesen kirchlichen Verbänden einen scharfen Konkurrenten, dem sie ihren Monopolanspruch mit allen verfügbaren Mitteln des Autoritarismus entgegenzusetzen versuchen.

Dabei haben einige dieser Kooperative schon internationales Ansehen erworben. Von der Agrargenossenschaft in Zuñiga, einem Dorf mit 340 Einwohnern in Navarra, brachte die amerikanische Zeitschrift „Spanish-American Trade“ einen Bericht, und in der Kommission der Weltlandwirtschaftsorganisation FAO bat der französische Delegierte seinen spanischen Kollegen, dieses Exempel eingehend vorzustellen. Unter der Initiative vor allem des Pfarrers schlossen die 63 Bauern des Ortes (mit Ausnahme eines Eigenbrötlers) ihr „Produktionseigentum“ und ihre Arbeitskraft zusammen und bewirtschaften ihre 400 Hektar, die vorher in 1218 Parzellen zersplittert waren, nunmehr in vier großen Anbaugebieten gemeinschaftlich. Die Ergebnisse waren überwältigend: Ein großer Teil der Arbeiten ist nun mit drei Traktoren, Maschinenpflügen, einer Sä- und zwei Mähmaschinen mechanisiert worden, und auf die Ochsen- und Mauleselgespanne konnte man völlig verzichten. Frauen, Kinder und Greise brauchen keine Feldarbeit mehr zu leisten. Statt vorher 37 Landarbeitern benötigt man nur mehr 10, und diese erhalten das Doppelte der gesetzlichen Mindestlöhne bei einer Arbeitszeit von 8 (im Winter 7) Stunden werktäg-

lich. Wo vorher kein einziges Schaf existierte, gibt es heute eine Herde von 300 Schafen. Die Verkaufserlöse stiegen wesentlich. Außer den notwendigen Maschinen und einer großen Maschinenhalle konnte bereits ein Wasserkraftwerk und ein Pfarrheim gebaut werden, und die Dorfkirche erhielt eine Heizung, die im Winter auch an den Werktagen ununterbrochen in Gang ist. Auch das religiöse Leben hat einen unerwarteten Aufschwung genommen.

Die vernachlässigten Latifundien . . .

Leider ist das in Spanien vorläufig ein Ausnahmefall. 49% der spanischen Bevölkerung sind in Landwirtschaft und Fischerei tätig, doch erarbeiten diese (1958) nur 27% des Sozialprodukts. Die Hektarerträge gehören zu den niedrigsten Europas. Die Schuld daran tragen vor allem die unrationell bewirtschafteten Latifundiengebiete Zentral- und Südspaniens. Das HOAC-Bulletin (2. Augustnummer 1961) schrieb dazu unter dem Titel: „Es gibt Landeigentümer, die es vorziehen, unproduktive Ländereien zu besitzen, weil ihre Bewirtschaftung nicht rentabel genug ist“: „Wenn das Recht auf Leben und das Recht auf Eigentum kollidieren, ist immer dem ersteren der Vorzug zu geben . . . Es darf einfach nicht sein, daß wir einerseits ein Defizit an landwirtschaftlichen Grundnahrungsmitteln haben und unsere Landarbeiter auswandern und in der Ferne das suchen müssen, was ihnen das Vaterland nicht geben kann — und daß andererseits in einem Teil des Großbesitzes diese Mentalität anhält, die man beschönigend ‚herrschaftlich‘ genannt hat, während man sie doch feudal nennen sollte . . . Warum wird diese Art von Streik der Besitzenden erlaubt, die in der systematischen Abwesenheit und der Vernachlässigung der Ländereien zum Ausdruck kommt, während alle anderen Streikenden als Rechtsbrecher gelten?“ Mit einem ähnlichen Tenor hatte sich auch im März 1961 der Bischof von Málaga in einem Hirtenbrief geäußert, der entgegen den sonstigen Gepflogenheiten auch in der katholischen Tageszeitung „Ya“ abgedruckt wurde.

Der Anteil der Nutzflächen, die in den Händen von Großgrundbesitzern sind, erreicht in den Provinzen Sevilla, Cádiz, Badajoz und Cáceres zwischen 50% und 70%; gemessen an der Gesamtbevölkerung machen diese Großgrundbesitzer nur 3 bis 5% aus. Sie kümmern sich meist nicht einmal selbst um die Bestellung ihrer Güter, sondern leben von deren Ertrag sorglos in Madrid, Sevilla oder im Ausland. Das Land wird nur extensiv bestellt, Monokulturen von Ölbäumen oder Wein sind zudem ein Raubbau am Boden. Riesige Gebiete sind allein der Jagd vorbehalten oder dienen zur Zucht von Kampfstieren. Die 1,6 Millionen Landarbeiter sind auf Saisonarbeit angewiesen und leben die übrige Zeit des Jahres am Rande des Hungers. Von den Landarbeitern der Olivenprovinz Jaén brachte es im Jahre 1956 ein Drittel auf ganze dreißig Arbeitstage im Jahr, mehr als die Hälfte nur auf neunzig Arbeitstage. Die Landflucht nahm bisweilen die Dimension einer Völkerwanderung an.

. . . und die Sozialpolitik Francos

Man kann nicht sagen, daß die Regierung Franco völlig untätig gewesen wäre. In den letzten Jahren sind gegen 60 neue Dörfer geschaffen worden, in denen rund 2000 Familien Besitz und Arbeit gefunden haben. Neben dem „Plan Badajoz“ (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 508) steht neuerdings der „Plan de Jaén“, wo 53 000

Hektar Trockengebiet künstlich bewässert und in 20 Dörfern samt 40 Fabrikbetrieben 18 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Aber eine eigentliche Landreform, an der schon die spanische Republik scheiterte, ist auch von Franco in den zweieinhalb Jahrzehnten seines Regimes nicht in Angriff genommen worden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, scheint hier nun aber ein sozialpolitischer Kurswechsel bevorzustehen. Bei einer Reise durch Andalusien im Frühjahr 1961 zeigte sich Franco erschüttert und erklärte bei einer Rede in Córdoba: „Ich bin der vielen verbliebenen sozialen Ungerechtigkeiten und aufreizenden Ungleichheiten gewahr geworden. Deshalb ermahne ich die Grundherren Andalusiens, in christlichem Geist zu sozialer Gerechtigkeit beizutragen und guten Willens unsere diesbezügliche Gesetzgebung zu befruchten.“ In der Eröffnungssitzung der Cortes kündigte er dann seine Absicht an, „alle Anstrengungen aufzuwenden, um die korrigierbaren Ungleichheiten einzuebnen“. Am 2. Oktober wurde diese Ankündigung vor einem Falangegremium wiederholt.

Hierzu schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (17. 7. 61): „Das bedeutet, daß man sich von der Notwendigkeit überzeugt hat, an die Aufteilung des unproduktiven südspanischen Großgrundbesitzes heranzugehen, der . . . die Schuld an der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Unterentwicklung Andalusiens trägt und damit zu der ernstesten inneren Bedrohung für den spanischen Katholizismus wird.“

In der „Süddeutschen Zeitung“ (24. 6. 61) gibt Enrique Barth eine „realpolitische“ Deutung: „Wenn Franco jetzt, wie es scheint, an dieses Problem herangehen will, so darf man sicher sein, daß er es nicht aus innerer Überzeugung und sozialem Gewissen, sondern aus taktischen Gründen tut.“ Daß die „Granden Spaniens“ trotz der ihnen erspart gebliebenen Agrarreform die Politik Francos mit Zurückhaltung und monarchistischer Opposition quittierten, „dürfe in ihm den grimmigen Entschluß gefördert haben, ihnen zu so später Stunde noch mit der Landreform auf den Leib zu rücken“. Noch triftigere Gründe seien die geschwächte Rückendeckung durch das portugiesische Regime Salazars und die brüchig gewordene Unterstützung durch die USA seit dem Amtsantritt Kennedys. „Franco weiß also genau, warum er jetzt vorbeugend stärker auf die soziale Taste drückt . . . Es ist für Franco eine Notwendigkeit, die Stütze, die er früher bei den Vereinigten Staaten fand, durch etwas anderes zu ersetzen — und das kann nach Lage der Sache nur eine breitere Verankerung des Regimes in den Massen sein . . . Wer Franco kennt, weiß freilich auch, daß der Agrarreform weite, unendlich weite Termine gesetzt sein werden.“

Erfahrungen mit der Karwochenliturgie in Frankreich

Auf seiner diesjährigen Herbstsitzung hat das Centre de Pastorale liturgique in Versailles versucht, aus den pastoralen Erfahrungen mit der Karwochenliturgie seit ihrer Erneuerung vor fünf bzw. zehn Jahren eine Bilanz zu ziehen. Während des Sommers war bei den Pfarrgeistlichen und den Diözesanstellen für Liturgie eine Enquete veranstaltet worden, die ein brauchbares Bild über die tatsächlichen Erfahrungen vermitteln sollte. Über das Ergebnis der Umfrage berichtete Abbé François Morlot vom Diözesanzentrum für Liturgie von Troyes (vgl. „La France catholique“, 8. 9. 61).

Sein Bericht zeigt deutlich, daß sich manche Hoffnungen, die man in die erneuerte Karwochen- und Osterliturgie gesetzt hatte, nur zum Teil erfüllt haben. Manche Schwierigkeiten, auf die der Bericht hinweist, dürften wohl spezifisch französisch sein, viele treffen aber zum guten Teil auch für andere Länder zu.

Der Besuch der Osterliturgie durch die Gläubigen Frankreichs ist unterschiedlich. In manchen Pfarreien hat sich der Besuch seit der Reform gebessert, in manchen verschlechtert. Erfreulich sei, daß die Karwochengottesdienste sehr stark von den religiösen Eliten, von den Mitgliedern der Katholischen Aktion und den organisierten Pfarrangehörigen besucht werden. Diesen Gruppen kann der tiefere Sinn der Liturgie leichter erschlossen werden. Die positive Auswirkung der Liturgie auf das praktische Leben läßt sich bei ihnen ohne weiteres feststellen. Der Besuch durch die nicht organisierten Gläubigen lasse aber nach wie vor zu wünschen übrig. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß der Besuch in den letzten Jahren bereits wieder nachgelassen hat.

Im ganzen sei den liturgischen Bemühungen kein genügender Erfolg zuteil geworden. Es sei nicht gelungen, aus der Osterliturgie das zu machen, was sie ihrem theologischen und religiösen Gehalt nach ist: „das Herz der Liturgie und des christlichen Glaubens“. Sie sei noch nicht zu einem festen Bestandteil in der religiösen Praxis der Gläubigen geworden. Der Referent beklagte auch die Überwucherung der Zeremonien durch Volksglauben und Brauchtum. Trotz der liturgischen Reform sei es nicht gelungen, alte für die heutige Zeit gegenstandslose Volksbräuche zu beseitigen, die den eigentlichen Sinn des Festes mehr verdecken als erklären. Dies gelte besonders für die zahlreichen Prozessionen am Palmsonntag und in der Osterwoche.

Der Besuch der Karwochenliturgie werde erschwert durch die Ferien. Das freie Wochenende und die Schulferien vor Ostern veranlassen viele Familien, besonders großstädtische, aufs Land zu fahren. Die Pfarrer der Großstadtpfarreien klagen deshalb über leere und halbleere Kirchen. Diese Entwicklung dürfte auch weiterhin anhalten und dadurch die Feier der Osterliturgie in den Stadtpfarreien noch problematischer machen. Es bliebe die Möglichkeit, die seelsorglichen und liturgischen Bemühungen in diesen Tagen mehr auf das Land und die Ferienorte zu konzentrieren. Aber der Gläubige aus der Großstadtpfarrei stelle an die Feier der Liturgie Ansprüche, denen auf dem Lande nicht ohne weiteres entsprochen werden könne. Durch eine feierlichere und wesentlichere Gestaltung der Osterliturgie in den ländlichen Pfarren und den Urlaubsorten könnte sich jedoch mancher Nutzen für die pastorale Praxis ergeben. Auf der Sitzung des Zentrums wurde betont, die Pfarrei, auch die kleinste Pfarrei auf dem Lande, sei heute keine Insel mehr und müsse deshalb den Anforderungen aller Gläubigen, auch der Gäste und Durchwanderer, gewachsen sein.

Es wurde auch vorgeschlagen, Priester, die an diesen Tagen in ihren Pfarreien abkömmlich sind, auf jene Pfarreien zu verteilen, die eine größere Anzahl von Priestern benötigen, um die Osterliturgie in würdiger Weise feiern zu können. Hier seien jedoch beträchtliche organisatorische Schwierigkeiten zu überwinden. Eine größere Aktion in dieser Richtung sei deshalb in nächster Zeit nicht durchführbar. Besonders betont wurde die Notwendigkeit einer gründlicheren und tieferen Einführung der Gläubigen in den Geist und die Praxis der Liturgie. Die Verkündigung

müsse deshalb der Liturgie vorausgehen, da es dem heutigen Menschen, der mehr als die früheren Generationen gegenständlich und technisch denkt, besonders schwerfällt, die Fülle der Zeichen und Symbole, aus denen sich die liturgische Handlung zusammensetzt, zu verstehen. Die Priester, die solche Schwierigkeiten feststellen, werden aber ausdrücklich davor gewarnt, durch eigenmächtige Vereinfachungen und Änderungen Abhilfe zu schaffen. Die Gefahr, daß dabei auch Wesentliches verloren geht, sei zu groß. Der intendierte Zweck werde durch eine vertiefte Predigt besser erreicht als durch allzu billige liturgische Vereinfachungen. Es wurde darüber geklagt, daß die Priester selbst den Sinn der einzelnen Zeremonien und deren theologischen Gehalt nicht genügend durchdächten und verstünden. Der Klerus müßte deswegen ebenso wie die Laien auf die Feier der Karwoche vorbereitet werden.

Ein Sekretariat für die Einheit der Christen in England Der Erzbischof von Liverpool, John Heenan, zugleich Mitglied des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen unter Kardinal Bea, hat Ende Juli dieses Jahres eine Art Zweigstelle des römischen Sekretariats für England gegründet mit dem Sitz in Liverpool (The Cathedral buildings, Brownlow Hill). Er hat diese Einrichtung in der Zeitung „The Universe“ (4. 8. 61) ausführlich begründet. Nach einer längeren Erklärung der Aufgaben des künftigen Konzils und der Vermittlungsaufgabe des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen im allgemeinen geht der Erzbischof auf die besonderen Verhältnisse der Christen in England ein. Er weist u. a. darauf hin, daß dem römischen Sekretariat außer seiner Person noch drei weitere Engländer angehören: Bischof Hart von Dunkelt, Bischofskoadjutor Holland von Portsmouth und Gerard Corr OSM.

Ohne die Bedeutung der Nonkonformisten in England unterschätzen zu wollen, sieht Erzbischof Heenan die besondere Stellung der Kirche von England und die Anziehungskraft des erzbischöflichen Stuhls von Canterbury — Msgr. Heenan ist mit dem derzeitigen anglikanischen Erzbischof Michael Ramsey persönlich befreundet — neben Rom und Konstantinopel. Er erklärt in dem Aufsatz, warum sich die Kirche von England als legitime Nachfolgerin der Kirche des hl. Augustin, des Missionars von England, fühle, und warum die römisch-katholische Kirche als eine nachträglich eingedrungene „römische Sekte“ betrachtet werde. Er sagt, er wolle es sich zur Aufgabe machen, den Katholiken das Wesen der Kirche von England und den Anglikanern das Wesen der römisch-katholischen Kirche verständlich zu machen. Das solle in der Liebe geschehen, ohne den Dogmen Abbruch zu tun oder die Frage der Gültigkeit der anglikanischen Weihen auszuklammern, die Rom bekanntlich seit Leo XIII. nicht anerkennt.

Um nun die herrschenden Mißverständnisse gründlich auszuräumen, habe er sich entschlossen, das „englische Komitee für die Einheit der Christen“ zu gründen. Dazu sei er sowohl von Papst Johannes XXIII. wie von Kardinal Bea ermutigt worden. Dieses Komitee stehe unter seiner Leitung, und es gehören ihm folgende Mitglieder der englischen Hierarchie an: die Bischöfe D. J. Cashman von Shrewsbury, J. Rudderham von Clifton, Th. Holland sowie der Erzbischof von Cardiff, John Murphy, der nach der Gründung des Komitees ernannt worden ist. Mit der Gründung dieses Komitees werde der

Meinung entgegengetreten, daß die römisch-katholische Hierarchie in England einem Gespräch mit der Anglikanischen Kirche abgeneigt sei. Jetzt wisse jeder Christ in England, der mit der katholischen Kirche Kontakt suche, um sich über sie zu unterrichten, wohin er sich wenden kann.

Die Gründung von Erzbischof Heenan hat sowohl in anglikanischen wie in freikirchlichen Kreisen Englands widerspruchslose Zustimmung gefunden und darf als ein großer Erfolg auf dem Wege zur Besserung des Klimas unter den Christen Englands gewertet werden. Es besteht auf allen Seiten der Eindruck, daß ein neues Kapitel in der Geschichte der zwischenkirchlichen Beziehungen Englands begonnen hat.

Aus den Missionen

Daß unter der Leitung der Heiligen Kongregation der Glaubensverbreitung das Licht des Glaubens in alle Welt hinausgetragen werde. Missionsgebetsmeinung für Dezember 1961

Unter den Kardinalskongregationen, mit deren Hilfe der Stellvertreter Christi auf Erden die Kirche leitet, ist eine der wichtigsten die Heilige Kongregation zur Verbreitung des Glaubens (Sacra Congregatio de Propaganda Fide), der zur Zeit 37 Kardinäle zugeteilt sind. Nach Kanon 252 des geltenden Kanonischen Rechts ist sie den Missionen zum Zwecke der Verkündigung des Glaubens vorgesetzt, ernannt und versetzt die erforderlichen Missionare und besitzt die Vollmacht, alles, was in dieser Angelegenheit notwendig und nützlich ist, zu überlegen, zu verhandeln und auszuführen. Ihre Jurisdiktion ist auf jene Gebiete beschränkt, wo die ordentliche Hierarchie noch nicht besteht und der Zustand der Mission noch fort dauert, ferner alle Gebiete, die bei schon errichteter Hierarchie noch etwas „im Werden Begriffenes“ an sich tragen. Ferner unterstehen der Kongregation alle kirchlichen Gesellschaften und Seminarien zur Ausbildung von Missionaren. In Glaubens-, Ehe- und Ritenfragen sind aber die entsprechenden anderen Kongregationen zuständig. Über die Mitglieder der religiösen Genossenschaften (einzeln und gemeinsam) hat die Kongregation ein Recht, soweit sie Missionare sind, während diese als Religiösen der Kongregation für die Ordensangelegenheiten unterstehen. Wichtige Entscheidungen muß diese Behörde stets vorher dem Papst unterbreiten.

Vor rund 340 Jahren (1622) gegründet, ist die Propagandakongregation „kein absolutes Erfordernis für die Erfüllung des die Kirche heilig verpflichtenden letzten Willens Jesu, der in den Worten sich aussprach: Gehet hin und lehret alle Völker, wie ja auch das Missionswerk der Kirche 16 Jahrhunderte dieses Gnadenzeichens ermangelt hat. Aber eine moralische Notwendigkeit bestand für die Propaganda zur Zeit ihrer Entstehung und besteht für sie bis in die Tage der Gegenwart“ (Dr. K. Pieper, Die Propaganda, 1922). Seitdem diese Worte geschrieben wurden — es war zur Dreihundertjahrfeier des Bestehens der Kongregation —, sind gewaltige Veränderungen in Welt und Kirche eingetreten, die weniger denn je eine völlig dezentralisierte Missionsarbeit gestatten. Durch eine dynamische Missionspolitik hat die Propagandakongregation im Zeitalter des zusammenbrechenden Kolonialismus und Europäismus wirkliche einheimische Kirchen gegründet und ist daran, sie alle örtlichen Bischöfen und örtlichem Hilfsklerus zu unterstellen, zur vollen Reife zu führen

und dann Anteil nehmen zu lassen an der noch so unvollendeten Christianisierung der Welt. Wenn es wahr ist, daß die Aufgabe der Mission darin besteht, sich selbst überflüssig zu machen, bedeutet dies nicht, daß die Kongregation der Glaubensverbreitung mit der Erreichung dieses Zieles bei den bestehenden jungen Kirchen sich ebenfalls überflüssig gemacht hätte. Das Erreichte ist in einem kritischen Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte von außerordentlichen Gefahren bedroht, und die überwältigende Mehrheit der aus dem alten Heidentum und dem Islam kommenden Menschheit steht dem Christentum noch fern, wenn sie auch mehr von ihm hört und liest sowie irgendwie mit seiner Ideenwelt stärker in Berührung kommt als jemals in einer früheren Periode der Geschichte. Andererseits bilden sich in der altchristlichen Welt deutlich umrissene Bezirke eines Neuheidentums bzw. des kommunistischen Materialismus, die vielleicht einmal das Wiedererscheinen der Kongregation der Glaubensverbreitung in weiten Gebieten der christlichen Stammländer bedingen werden. Heute verwaltet die Propagandakongregation in Europa nur noch einige Länder im Norden, deren Kirchen noch ungefestigt erscheinen, sowie gewisse Bezirke auf dem Balkan, die zur Zeit fast sämtlich unter kommunistischer Herrschaft stehen.

In dieser Sicht wächst der Aufgabenbereich der Kongregation eher, statt abzunehmen, wie man überhaupt davon Abstand nehmen muß, sich die Ausbreitung der Kirche als einen Prozeß ohne große Rückschläge vorzustellen, was in der Periode des neuzeitlichen Aufschwungs der Weltmission gerne geschah. Die Kirchengeschichte sollte hier Lehrmeister für eine realistischere Auffassung vom Werk der Weltchristianisierung sein, das in jedem seiner Phasen unter dem Kreuze steht.

Mit gutem Grund sind der Propaganda nicht nur die Anfänge der Missionsarbeit unterstellt, sondern auch eingerichtete Missionskirchen, die den Charakter der Unfertigkeit haben. Niemand kann sagen, wie lange sie diesen Charakter noch tragen werden. Durch die Konstitution *Sapienti consilio* vom 29. Juni 1908 schieden erst zu Anfang unseres Jahrhunderts Länder aus der Jurisdiktion der Propaganda aus, deren Kirchen ein paar Jahrhunderte vorher infolge der Ausbreitung der Reformation in eine kritische Lage geraten waren oder durch Einwanderung von Katholiken in neue Räume erst aufgebaut werden mußten: die Kirchen Englands, Schottlands, Irlands, der Vereinigten Staaten, Kanadas, Neufundlands, während Australien, dessen Räume sich noch füllen, trotz des Bestehens einer eingerichteten Hierarchie nach wie vor der Propaganda untersteht. In Deutschland gehörten noch weit bis in dieses Jahrhundert hinein das Bistum Meißen, Schleswig-Holstein und die Lausitz zum Amtsbereich der Kongregation für die Missionen. Man darf sich durch die Tatsache, daß hier christliche Länder der Missionskongregation unterstehen, nicht irritieren lassen, weil die neugegründete Propagandakongregation unter einem erweiterten Missionsbegriff antrat, der auch die protestantischen und schismatischen Länder erfaßte. Das Schwergewicht ihrer Tätigkeit verschob sich aber bald immer mehr auf die Heidenmission, und ihr Amtsbereich wurde schließlich auf diese stark verengt. Ohne nun aus der Praxis der Propagandakongregation und aus ihrer Beurteilung unfertiger Kirchenzustände in der Vergangenheit mit ihren andersgearteten Bedingungen auf die zukünftige Praxis der Kirche bei Entlassung von Kirchen aus dem Bereich der Missionskongregation gültige Schlüsse

ziehen zu können, darf man wohl doch voraussagen, daß die jungen Kirchen Asiens, Afrikas und Ozeaniens, die meist in einer scharfen Diasporasituation stehen und noch ungeheure Aufgaben der inneren Festigung und der äußeren Ausbreitung vor sich sehen, noch lange der Obhut der Propaganda unterstellt sein werden, selbst wenn sie unter einheimischen Bischöfen in die ordentliche Hierarchie übergeführt sind.

Die Anfänge der Propagandakongregation

Als man im Jahre 1922 die Dreihundertjahrfeier der Propaganda beging, wurde in zahlreichen Artikeln die Größe dieser Einrichtung gepriesen, die „Leistungen von einem Ausmaß und einer unmittelbaren Bedeutung für das Gottesreich auf Erden aufweist, wie sie wohl keine der Römischen Kongregationen auch nur im entferntesten aufzuweisen vermag“ (Anton Huonder SJ, *Die katholischen Missionen*, 1921/22, S. 69). Auch Nichtkatholiken, wie Leopold v. Ranke, der Protestant Frede in seinem Buch „*Die Propaganda Fide in Rom*“ (Berlin 1884) sowie der Begründer der evangelischen Missionswissenschaft Gustav Warneck (*Missionslehre*, Gotha 1897) haben in der einen oder anderen Wendung die Propaganda Fide als eines der großartigsten Institute der Welt gepriesen. Seit jeher arbeitet sie mit einem kleinen Beamtenapparat. Das *Annuario Pontificio* 1961 zählt nur rund 50 Fachbearbeiter und 40 meist in Rom wohnende Konsultoren auf. Trotz gewaltiger Ausdehnung ihres Arbeitsbereichs brauchte sie noch kein modernes Bürohaus zu errichten. Noch immer ist sie (nach Verlegung des ursprünglich in ihren Räumen errichteten Propaganda-Kollegs zum Janikel) in dem unscheinbaren, von Bernini erbauten Renaissancepalast an der Ostseite der Piazza di Spagna untergebracht, seit nunmehr 335 Jahren! Dies spricht dafür, daß sie nie bürokratischen Methoden verfiel und sich wirklich als ein rein geistliches Zentrum betrachtete, das sich nur für die vitalsten Entscheidungen des vielgestaltigen Missionswerkes als zuständig betrachtete.

Die Frage liegt nahe: Warum wurde eine so nützliche Einrichtung erst zu Anfang des 17. Jahrhunderts geschaffen? Man wird sich hier vor Augen halten müssen, daß die volle Entfaltung der im Primat des Bischofs von Rom eingeschlossenen kirchlichen Rechte und Pflichten allmählich und schrittweise vor sich ging. Seit dem Eintritt der Mönchsorden in die Missionsarbeit tritt Rom sendend und beratend auf diesem Gebiete immer stärker in die Erscheinung, um im Mittelalter eine wesentliche Rolle im Apostolat nach außen zu spielen. Die Missionsinitiativen aber waren damals durchaus überschaubar, und es standen stets nur wenige im Vordergrund. Nach der Vollendung der Christianisierung Europas und vor dem Entdeckungszeitalter war dann wenig Raum für eine großangelegte Mission. Der durch das Orientalische Schisma auf den Westen zurückgeworfenen und durch die vom Islam gezogene Sperrlinie am direkten Zugang zu Afrika und den asiatischen Tiefenräumen gehinderten Kirche gelangen nur wenige Expeditionen wagemutiger Angehöriger der Bettelorden bis nach Zentralasien hinein, ja bis nach Peking. Sie konnten, obwohl in Verbindung und mit Gutheißung Roms ins Werk gesetzt, nicht einmal geleitet werden, weil die rückwärtigen Verbindungen nicht gesichert waren. Für diese Expeditionen und für die bald hier, bald dort gemachten Versuche eines Islam-Apostolats bedurfte man keiner zentralen Missionsbehörde. Es ist allerdings interessant, daß schon im 13. Jahrhundert der gelehrte

Sarazenenmissionar und Missionstheoretiker Raimundus Lullus die Schaffung einer Zentralinstanz für das Missionswerk forderte.

Es kamen dann die großen Entdeckungsfahrten der Spanier und Portugiesen, die auch für die Kirche die Entdeckung einer ganz neuen, riesigen Welt mit völlig neuen Völkern, Sprachen und Kulturen bedeuteten. Aber selbst wenn damals die Gründung einer zentralen Missionsbehörde möglich gewesen wäre, was hätte sie tun können, wo das ungeheure neue Missionsfeld noch so wenig bekannt war und alles erst erforscht und erprobt werden mußte? Tatsächlich war aber damals eine direkte Leitung der Übersee-Mission für Rom überhaupt unmöglich. Die Missionierung konnte nur in Verbindung mit den beiden katholischen Seemächten geschehen. Nur auf ihren Flotten waren die fernen Gestade zu erreichen, nur in Verbindung mit der Kolonisation der iberischen Mächte konnte die Christianisierung geschehen. Aus dieser echten Zwangslage heraus entstand das königliche Patronat, das Portugal und Spanien sehr große Rechte beim Aufbau und bei der Kontrolle der Kirchenorganisation in den neu entdeckten Ländern gab, sie gleichzeitig verpflichtend, für den Seetransport der Missionare und deren Unterhalt sowie für die finanzielle Ausstattung der Diözesen zu sorgen. Obwohl es unrecht wäre, wenn man die positiven Seiten der mit großer religiöser Begeisterung gestarteten Padroado-Mission übersehen wollte, entwickelte sich dennoch das System, in dem die Staaten zunächst ihre eigenen Interessen suchten, immer mehr zum Nachteil der Mission. Dem weltlichen Element war ein zu großer Einfluß eingeräumt, und es kam schließlich zu groben Mißständen und zu einer bedenklichen Lockerung der Kirchenzucht, die Rom nicht beseitigen konnte, weil seine Direktintervention unterbunden war. Aller Dienstverkehr zwischen Rom und den Missionen mußte über die staatlichen Behörden gehen, die oft willkürlich darin eingriffen.

Drei Päpste versuchten von 1566 bis 1605 vergeblich, die neue große Überseemission wieder ganz in die Hand zu bekommen. Erst die Gründung der Propagandakongregation durch Gregor XV. leitete im Jahre 1622 den Aufbau eines rein kirchlichen Missionswerkes zunächst räumlich um das nicht ohne weiteres zu erschütternde Padroado herum ein. Man konnte hier nur mit äußerster Vorsicht vorangehen, und erst im 19. Jahrhundert gelang es, begünstigt durch den Niedergang der iberischen Seemächte, das Patronat wirklich abzubauen. Um die Beseitigung des Restes dieser Einrichtung muß die Kirche aber noch bis in unsere Tage kämpfen, zumal in Lateinamerika, wo die Nachfolgestaaten des spanischen Kolonialreiches, oft von Kirchenfeinden geleitet, die Rechte des Padroado in Anspruch nahmen, ohne die Pflichten erfüllen zu wollen. Rom hat vor allem den lateinamerikanischen Staaten spanischer Gründung immer wieder klarzumachen versucht, daß die Vorrechte des Patronats nur den spanischen Königen persönlich gegeben waren. Aber erst im August 1961 verzichtete z. B. Bolivien auf das Recht der Bischofspräsentierung, während andere Staaten dies „Recht“ noch zäh verteidigen. In Venezuela wehrt sich zur Zeit die stärkste Partei (Partei der Demokratischen Aktion) gegen jeden Ersatz des Padroado-Gesetzes durch ein Konkordat oder einen *modus vivendi*, obwohl Präsident Bétancourt in einer Adresse an das Parlament im Jahre 1959 erklärt hatte: „Die Zeit ist gekommen, um Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl aufzunehmen. Das Gesetz über das Kirchenpatronat ist überholt und unwirksam. Es gehört

fast zur prähistorischen Zeit unserer öffentlichen Gesetzgebung. Eine beweglichere Vereinbarung sollte von beiden Vertragspartnern sorgfältig erörtert werden.“ Simón Bolívar hatte 1811 das Patronat schon einmal aufgegeben. Er wollte ein Konkordat. Aber 13 Jahre später nahm die Regierung Venezuelas erneut die Rechte des Padroado in Anspruch. — Die Zeit des versuchten Abbaus des Padroado ist erfüllt von unerquicklichen Reibungen, die selbst zu schismatischen Erscheinungen führten. Der Patronatsklerus, durch Eid dem Staate verpflichtet und von den Kolonialbehörden aufgehetzt, vielfach auch moralisch gesunken und in Handelsgeschäfte verwickelt, fürchtete die Reformbewegung Roms und ließ sich leicht zu der Ansicht verführen, Rom wolle die wohlbegründeten Rechte des Patronats verletzen. Die Rechte wurden von den Kolonialbehörden auch für jene Gebiete in Anspruch genommen, die sie gar nicht effektiv beherrschten und nur als potentiellen Zuwachs ihrer Macht betrachten konnten. Wenn also die Propaganda dort eigene Missionen zu organisieren suchte, erhob sich der Widerspruch der Padroado-Behörden. Eine weitere Schwierigkeit war, daß die Kolonialmächte nur Ordensleute der eigenen Nation zulassen wollten und sich weigerten, solche anderer Nationen auf ihren Schiffen zu befördern. Als dann z. B. spanische Ordensleute von den Philippinen in die portugiesische Machtsphäre eindringen, entstanden auch schwere Ordensrivalitäten. Dies war mit ein Grund dafür, daß die Propagandakongregation erstmalig in der Missionsgeschichte systematisch Weltpriester auf ihre neuen Arbeitsfelder sandte.

Man wird sich aber vor der Auffassung hüten müssen, daß die Gründung der Propaganda Fide nur zum Zwecke der Überwindung der Patronatsmißstände erfolgte. Dagegen spricht allein schon, daß der neuen Kongregation nicht nur die Missionsgebiete, sondern auch die Länder des Orientschismas und der Reformation zugeteilt wurden, denen sie bezeichnenderweise im ersten Jahr nach ihrer Gründung fast ausschließlich ihre Aufmerksamkeit zuwandte. Die Einsicht in die Notwendigkeit innerkirchlicher Reformen und einer Neuorganisation der Kurie, die Besinnung auf die eigentliche Sendung der Kirche nach einer Periode der Verweltlichung (Renaissance!), eine Besinnung auch missionsmethodischer Art nach dem Entdeckungszeitalter mit seiner plötzlich aufgetretenen Forderung nach riesenhafter Ausweitung der Mission auf unbekannte Länder haben hier ebenso mitgewirkt wie die kritische Lage der Patronatsmission, und der derzeitige Präfekt der Kongregation, Kardinal Agagianian, stand bei seiner programmatischen Rede zum Goldenen Jubiläum der Missionswissenschaft zu Münster (29. Juni 1961) nicht an, zu erklären, daß gerade diese missionsmethodische Besinnung den letzten Anstoß zur Errichtung der Propagandakongregation gegeben habe. „Einfach und groß in ihren Grundlinien“, so sagte Pius XI. in seiner Homilie zur Dreihundertjahrfeier der Kongregation im Petersdom, „war sie keine Improvisation, vielmehr reife Frucht jener Apostolatserfahrung, die die Kirche von den ersten Jahrhunderten der Evangeliumsverkündigung an bis auf diesen Tag geführt hat.“

Neuaufbau des Missionswerkes

Die neue Kongregation machte zunächst eine Bestandsaufnahme über die Lage auf den Missionsfeldern und in den Gebieten Europas sowie des Nahen Ostens und übergab je einem Kardinal die Gesamtplanung für die einzel-

nen Sektoren, sah sich aber bald genötigt, dem Missionswerk in den fernen Ländern ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Zuerst sandte sie Gruppen eigener Missionare unter Leitung Apostolischer Präfekten (ohne Bischofsrang) aus, dann solche unter Führung von Titularbischöfen, deren Auftrag war, als Vertreter des Papstes (Apostolische Vikare) neue Kirchensprengel zu gründen. Diese Sprengel sollten unter Anpassung an die Kulturen dahin streben, möglichst bald unter einheimischen Bischöfen und mit einheimischem Klerus selbständig zu werden. Die Planung war die deutlichste Abkehr von der Kolonialmission des Padroado. Trotz ungeheurer Schwierigkeiten hat die Kongregation an dieser Grundkonzeption in den kommenden Jahrhunderten festgehalten, und die sogenannte „große Umkehr“ in den Missionsmethoden nach dem Ende des ersten Weltkrieges (1919) war nichts weiter als der Versuch, eine durch übermächtige äußere Umstände steckengebliebene Reform, die letzten Endes auf die Methoden der Urkirche zurückgriff, unter neuen äußeren Bedingungen zum guten Ende zu führen.

Nur ein gründliches Studium der Missionsgeschichte des 17. bis 19. Jahrhunderts kann verständlich machen, warum die Propagandakongregation trotz steten Hinweises auf die Grundsätze eines dynamischen Missionsapostolats ein Rufer in der Wüste blieb. Die Schwierigkeiten mit den Padroado-Mächten, der die Mission so lange lähmende Ritenstreit, der Niedergang der Weltmission um die Wende des 18. Jahrhunderts (Rationalismus, Französische Revolution mit ihren Erschütterungen in Europa) und die allgemeine Erkaltung des Missionsinteresses bis zum Beginn der Romantik, die anpassungsfeindliche Haltung der vom Europäismus und Nationalismus getragenen neuen Kolonialbewegung des 19. Jahrhunderts sind nur einige der großen Hemmnisse, die der Durchführung des Programms der Propaganda im Wege standen. Schließlich braucht die Mission auch materielle Mittel. Wenn die Könige und Fürsten sie nicht mehr zur Verfügung stellten, mußte man sie vom Volk erbitten. Zwar gelang es den missionierenden Gesellschaften, allmählich Freundeskreise um sich zu scharen, aber der Propaganda flossen dabei direkt wenig Mittel zu. Im Anfang von den Päpsten ausreichend dotiert und mit zum Teil fürstlichen Unterstützungen durch Wohltäter bedacht, verlor sie 1798 durch Beraubung seitens französischer Revolutionstruppen einen Teil ihres Vermögens. Napoleonische Truppen nahmen dann 1808 den Rest weg und machten die Kongregation handlungsunfähig. Auch nach der Wiederherstellung der Propaganda im Jahre 1814 wurde dies Vermögen nie zurückerstattet. Neue angesammelte Mittel sind dann durch die italienische Regierung seit 1860 liquidiert bzw. säkularisiert worden. Bis zu den Lateranverträgen war die Propaganda Fide recht arm, und erst die Schaffung der kirchenamtlichen Missionshilfswerke zu Beginn des 20. Jahrhunderts gestattet ihr, zur Durchführung einer kraftvollen Missionspolitik aus der ganzen katholischen Welt Mittel zu verwenden, die gemessen an den zu erfüllenden Aufgaben doch noch sehr bescheiden sind. Die drei päpstlichen Missionswerke brachten zusammen im Jahre 1960/61 122 Millionen DM auf.

Unterstützt durch die aufblühende Missionsbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, die der Kirche vor allem zahlreiche neue Missionskongregationen und Weltpriester-Missionsinstitute schenkte, konnte die Propaganda das Netz ihrer Apostolischen Vikariate und Präfektoren unablässig ausdehnen, und sie baute gleichzeitig das Netz

der Apostolischen Delegaturen aus, so daß die Vertreter des Papstes überall leicht zu erreichen sind. Die modernen Verkehrs- und Nachrichtenmittel ermöglichen der Kongregation schnellste Unterrichtung über alle Vorgänge sowie entsprechendes schnelles und wirksames Eingreifen in kritischen Situationen. Die bei der Gründung der im Auftrag des Papstes geschaffenen Missionssprengel beabsichtigte, aber so lange gehemmte Dynamik in Richtung auf Verselbständigung dieser Gebiete unter einheimischen Oberhirten und ihre Überführung in die ordentliche Hierarchie ist in den letzten Jahrzehnten endlich zum vollen Durchbruch gekommen. Ein paar Zahlen mögen die Entwicklung erläutern. Während im Jahre 1900 nur 200 kirchliche Jurisdiktionsgebiete unter der Propaganda standen, waren es 1940 (nach Ausgliederung von 14 Ländern Südosteuropas und des Nahen Ostens, die der Orientkongregation unterstellt wurden!) schon 532, 1961 über 750. Von letzteren ist heute fast die Hälfte in die ordentliche Hierarchie übergeführt. Im Jahre 1925 unterstand kein Missionsgebiet der Kongregation einem in dem betreffenden Lande geborenen Bischof. Am 1. Februar 1961 aber zählte man in Asien 75, in Afrika 44 einheimische Bischöfe. Von den in den Propagandagebieten Asiens (mit Ausschluß der kommunistischen Länder) tätigen 11 815 Priestern waren zum gleichen Zeitpunkt 6497 = 58,4 Prozent Söhne ihres Landes. Für Afrika lauten die entsprechenden Zahlen 12 046 Priester; davon 2082 = 17,3 Prozent Landeskinder. In 297 Kleinen Seminaren (des Gymnasialkurses) befinden sich etwa 23 000 Schüler, in 77 Priesterseminarien etwa 5000 Alumnen. Außerdem unterstützt die Propaganda über 4000 einheimische Seminaristen aller Kurse im Bereich anderer Kardinalskongregationen vermittels des Päpstlichen Werkes für den einheimischen Klerus. Nur relativ wenige Propagandagebiete konnten bisher eigene Seminare gründen.

Gesamtwertung

Lange war die Sacra Congregatio de Propaganda Fide extensiv und intensiv mit einer übergroßen Verantwortung belastet. Ihr unterstanden außer den Heidenmissionen die Krisengebiete der Reformation, das von Europa besiedelte Nordamerika und die Länder der orientalischen Riten. Sie hatte außerdem die Zuständigkeiten fast aller anderen römischen Kongregationen. Wegen seiner einzigartigen Machtfülle nannte man deshalb den Präfekten der Propaganda Fide den „Roten Papst“, eine Bezeichnung, die heute sicher nicht mehr zutrifft, seitdem die Kongregation im Jahre 1908 (Konstitution *Sapienti consilio*) bei der Kurialreform verpflichtet wurde, die Glaubens-, Ehe- und Ritenangelegenheiten den hierfür als zuständig erklärten Spezialkongregationen zu überantworten, während die Aufsicht über die Ordensmissionare, soweit sie Religiösen waren, an die Religiöskongregation überging.

Ihr äußerer Machtbereich wurde mehrfach eingeschränkt: durch die Entziehung der Kompetenz über eine große Reihe von Ländern des westlichen Kulturkreises, in denen inzwischen die ordentliche Hierarchie eingeführt worden war (1908); durch die Ausgliederung der Abteilung für die Orientalischen Riten und deren Erhebung zu einer selbständigen Kongregation (1917); durch die Überführung großer Ländermassen, in denen die Orientkirchen Heimatrecht hatten, in die Jurisdiktion dieser Kongregation (1938). Sie arbeitet heute nicht mehr unter dem sog. erweiterten Missionsbegriff, sondern sie verbreitet

den Glauben, indem sie neue Kirchen gründet und zur Vollreife führt. Sie dient der Mission im engeren Sinne des Wortes. Dadurch hat sie an Kraft zur Konzentration auf die der Ordnung nach erste Aufgabe der Kirche gewonnen, sich überall gegenwärtigzusetzen.

Dabei liegt die geschichtliche Bedeutung der Propagandakongregation weniger in der organisatorischen und administrativen Arbeit. Sie hat das religiöse Missionsideal, von allen Schlacken menschlicher Unzulänglichkeit befreit, immer wieder in seiner Reinheit aufleuchten lassen und es nicht nur den Missionen draußen, sondern auch den altchristlichen Ländern eindringlich vor Augen geführt. Ihr gebührt das Verdienst, universalkirchliches Denken in der heimatlichen Missionsunterstützung zum Durchbruch gebracht und eine kirchenamtliche Missionshilfsorganisation eingeführt zu haben, die sich eng an die Lebenszellen der Kirche (Diözese und Pfarrei) anschließt. Gegen einen unkirchlichen Nationalismus, gegen Rassenüberheblichkeit, Colour Bar, Entrechtung der Einheimischen und selbstsüchtige Ausnützung ihrer Arbeitskraft erhob sie immer wieder ihre Stimme, mochten ihr auch allzuoft die Hände gebunden gewesen und ihr Wort auf Unverstehen selbst in den Reihen von Dienern der Kirche gestoßen sein. Stets wandte sie sich gegen eine weltlich-politische Betätigung der Missionare und auch gegen Handelstätigkeit von Glaubensboten. „Alle katholischen Missionare gleich welcher Nation und Herkunft sollen einzig und allein dem ihnen anvertrauten göttlichen Missionswerk obliegen... Deshalb darf der Apostolische Missionar sich kein anderes Ziel setzen als die Hinwendung der Menschen zu Gott und das Heil der Seelen“ (Instruktion vom 6. 1. 1920).

Nirgendwo hat bis heute das Anliegen der kulturellen Anpassung der Kirche einen so beredten und ständigen Anwalt gefunden wie gerade bei dieser Kongregation, die es schon im Jahre 1659 in der berühmten Instruktion an die ersten Apostolischen Vikare Ostasiens als „völlig ungeremt bezeichnete, Gallien, Spanien, Italien oder irgendein anderes Land Europas nach China einführen zu wollen“. In einer völlig gewandelten Kultursituation fühlt die Propagandakongregation heute intensiv die Notwendigkeit, daß sich die unter ihrer Führung gegründeten jungen Kirchen schöpferisch an der Gestaltung einer von christlichen Grundsätzen inspirierten Eigenkultur beteiligen, ohne sich dabei vom gemeinsamen christlichen Kulturerbe zu isolieren, und sie möchte, daß die altchristliche Welt in dieser Frage eine mehr dynamische Haltung zeigt. Wenn die Propaganda Fide sich stets gegen den Europäismus im Missionswerk wandte, so kann sie es nicht begrüßen, wenn man europäisch gefärbte Kultformen nach wie vor als schlechthin katholisch und für alle Völker verbindlich erklären möchte.

Der Propagandakongregation ist es zu danken, daß in den Missionsmethoden eine größere Einheitlichkeit erreicht wurde, daß wirkliche Schwerpunktprogramme unter Zusammenfassung von Kräften der Heimat und der Mission auf breiter Basis durchgeführt werden konnten, daß der Nachschub neuer Missionare dahin gelenkt wurde, wo er am notwendigsten war, daß in den Seminaren der heimatlichen Missionsorden und in den Studienanstalten der Missionen den zukünftigen Priestern eine gediegene und den Zeitbedürfnissen entsprechende Bildung gegeben wird, daß Weltpriester aus den altchristlichen Ländern seit über drei Jahrhunderten in Form von Missionsgesellschaften geschlossene Arbeitsfelder in den Missionen übernehmen durften und daß in den jungen

Kirchen der Heranbildung einheimischer Weltpriester besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Im Lichte geschichtlichen Abstandes betrachtet, haben sich gewiß manche Entscheidungen der Propaganda (so im Ritenstreit) als Fehlentscheidungen erwiesen. Auch in Fragen der Taktik bei der Entwirrung verwickelter kirchenpolitischer Verhältnisse hat sie nicht immer das Richtige getroffen. Unzureichende Informationen in einer Zeit äußerster Erschwerung der Verbindungen zwischen Mission und Kurie trugen die Hauptverantwortung für diese Dinge. Der Rest kommt auf das Konto menschlicher Unzulänglichkeit. Das reine Wollen aber kann jenen Männern nicht abgestritten werden, die stets das „negotium propagationis Fidei“, die ausschließliche Tätigkeit für die Verbreitung des Glaubens (Worte Gregors XV. bei Erteilung des Gründungsauftrags der Kongregation) als oberste Richtschnur ihres Handelns betrachteten.

Das Problem einer Mission der Orientkirchen

In der Kongregation der Glaubensverbreitung besitzt die Kirche eine zentrale Leistungsinstanz für das Missionswesen des lateinischen Kirchenzweiges, nicht aber der orientalischen Kirchenzweige, in denen praktisch die Missionsarbeit ruht; aus inneren Gründen: Kampf um Selbstbehauptung und fortgesetztes Bemühen um Konsolidierung, aus äußeren Gründen: Schwierigkeiten der Einordnung einer Mission anderer Riten in das weltweite Gefüge der Mission der lateinischen Kirche. Die Schwierigkeiten letzterer Art sind besonders in Indien akut, dessen syro-malabarische Kirche einen echten Ausbreitungselan zeigt, deren Mitglieder aber zum lateinischen Ritus übertreten müssen, wenn sie sich am weltweiten Missionswerk beteiligen wollen. Das Problem der Beteiligung aller Riten am Missionswerk wird auch das Zweite Vatikanische Konzil beschäftigen müssen, wenn über die Struktur der Kirche gehandelt wird. Die Propagandakongregation anerkennt indirekt ihre Mitverantwortung für die Orientkirchen (die ja seit 1917 der Orientkongregation unterstehen), indem sie u. a. jährlich 4,808 Prozent aller Einnahmen des Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung (im letzten Jahre fast 900 000 Dollar) der Kongregation für die Orientkirche zukommen läßt. Aber diese Mittel können an sich nicht die weltmissionarische Aktivierung der Orientkirchen bewirken, höchstens vorbereiten.

Das Problem kompliziert sich dadurch, daß relativ große orientalische Flüchtlingskirchen (so besonders ukrainische) in Europa und den beiden Amerika entstanden sind, die in eigenen Personaldiözesen zusammengefaßt werden. Soll allen diesen Kirchen die Teilnahme an der Weltmission nur bei Verzicht auf ihren Ritus möglich sein? Kann man ihnen, die im mystischen Leib Christi die gleichen Rechte und Pflichten wie die Angehörigen der lateinischen Kirche haben, die Teilnahme an einer vitalen Funktion der Gesamtkirche verweigern, die auch ungemein belebend auf das innere Leben dieser Kirchen wirkt und deren Nichterfüllung Stagnation und Einkapselung in die eigene völkisch-religiöse Gemeinschaft bewirken kann? Und was werden die Orthodoxen, um deren Zurückführung zur kirchlichen Einheit wir uns bemühen, sagen, wenn sie sehen, daß den Unierten keine Möglichkeiten zur Beteiligung an einer Funktion gegeben wird, die der Osten und der Westen einst in gleicher Weise betätigten, bevor die große Trennung kam, und die der Osten (vgl. die orthodoxen Missionen in Rußland, Japan, neuerdings in Ostafrika) auch nach der Kirchenspaltung ausübten?

Während sie das Schicksal der unter die Herrschaft des Kommunismus gelangten Missionskirchen aufs tiefste bewegt, ist es der Propagandakongregation dank ihres Zurückgreifens auf die apostolischen Methoden der Kirchenausbreitung bisher in überraschender Weise gelungen, in den einstigen Kolonialländern die dortigen Kirchen davor zu bewahren, mit der europäischen Herrschaft verschwinden zu müssen. Dieses Urteil gilt im großen. Betrübliche Einzelerfahrungen bald hier bald dort zwingen nicht zu seiner Revision. Auch die weitere Mitarbeit weißer Glaubensboten unter Leitung landeseigener Kräfte scheint sich gut einzuspielen. Nun drohen dem Missionswerk aus einer globalen Welt- und Menschheitskrise neue große Gefahren. Aber auf den Beistand ihres göttlichen Herrn vertrauend und seinen für jede Zeit gegebenen Auftrag erfüllend, geht die katholische Weltmission unter Führung der Propaganda in das Dunkel einer Zeit hinein, die vielleicht zu den schwersten der Menschheits- und Kirchengeschichte gehören wird.

Ökumenische Nachrichten

Neue evangelische Stimmen zum Konzil „In ökumenischer Verantwortung“ lautet ein Bericht der Zeitschrift der „Evangelischen Michaelsbruderschaft“ über eine Erklärung dieser Bruderschaft zum bevorstehenden Zweiten Vatikanischen Konzil („Quatember“, Michaelis 1961, S. 171 f.). Die im Jahre 1931 gegründete Evangelische Michaelsbruderschaft ist bekannt durch ihre ernsten und zum Teil schon erfolgreichen Bemühungen um eine Reformation der evangelischen Landeskirchen in Richtung auf eine „Evangelische Katholizität“, heraus aus der konfessionellen Gespaltenheit. Obwohl weithin aus lutherischem Erbe schöpfend, vermeidet sie bewußt die Bezeichnung lutherisch, da ihr dies als eine unzulässige Verengung des reformatorischen Erbes erscheint. Ihre Programmschrift „Katholizität der Kirche“ (Beiträge zum Gespräch zwischen der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche, hrsg. von Hans Asmussen und Wilhelm Stählin) wurde seinerzeit hier ausführlich besprochen (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 338 f.).

Die Erklärung der Evangelischen Michaelsbruderschaft

Der obengenannte Bericht in „Quatember“ verwahrt sich zunächst dagegen, die Aufforderung der Evangelischen Michaelsbruderschaft an die evangelischen Kirchenleitungen, sich lehramtlich zum Konzil zu äußern und die Voraussetzungen für eine künftige Einigung der Kirchen festzustellen, käme zur Unzeit, da heute die ganze Welt angeblich die Augen auf Moskau und nicht auf Rom richte. Dazu wird gesagt: es bestehe allerdings eine Beziehung zwischen der politischen Weltlage und dem Zustand der Christenheit, und es wäre kurzfristig, eine notwendig gewordene Reformation der Kirche zurückzustellen, weil man sich zunächst einmal politisch sichern müsse. Die Bruderschaft habe auch „das Verlangen und Fragen christlicher Laien zum Ausdruck gebracht, die in diesen Zeiten zu Weltbürgern heranwachsen, die sich nicht nur für sich selber, sondern für die Welt verantwortlich wissen und die deshalb auch nicht länger landeskirchlich, sondern nur noch ökumenisch denken können“.

„Die Einberufung des II. Vatikanischen Konzils hat der